

# Open-Government-Konsultation

Online-Konsultation vom 5. bis 25. Juni 2012  
<http://e-konsultation.de/opengov>

## Zentrale Themen in den Kommentaren mit Beispielzitate

Dieser Bericht enthält die inhaltliche Auswertung der Kommentare im Rahmen der Open-Government-Konsultation, der Online-Konsultation zum Entwurf des Eckpunktepapiers „Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)“ vom 5.6. bis zum 25.6.2012. Weitere Dokumente zur Auswertung und eine Gesamtdokumentation aller Kommentare sind online erhältlich auf <http://e-konsultation.de/opengov/>.

Die zentralen Themen in den Kommentaren wurden mit einer qualitativen Inhaltsanalyse ermittelt. Jeder Kommentar wird dabei gelesen und einer oder mehrerer Themenkategorien zugeordnet. Die Methode basiert auf subjektiven Einschätzungen. Die Kommentare zum Eckpunktepapier können im maschinenlesbaren Format (XML, csv, xls) über die Open-Data-Schnittstelle der Konsultation unter <http://e-konsultation.de/opengov/open-data> für selbstständige Analysen heruntergeladen werden.

Die Gliederung des Dokuments orientiert sich an der für die Konsultation auf <http://e-konsultation.de/opengov/> gewählten Seitenaufteilung für das Eckpunktepapier und die dazugehörige Anlage.

## Inhaltsverzeichnis

Präambel .....	3
Kapitel 1: Nationales Verständnis und Fahrplan entwickeln .....	7
Kapitel 2: Open Government bedeutet Kulturwandel.....	11
Kapitel 3: Bestehende Ansätze nutzen und ausbauen .....	15
Kapitel 4: Den Rechtsrahmen überprüfen und einheitliche Anwendung empfehlen..	19
Kapitel 5: Zentral zugängliche Internetseite aufbauen.....	25
Anlage: Gemeinsames Verständnis der tragenden Begriffe.....	29
Anlage: Open (Government) Data .....	34
Anlage: Open Data – Kriterien.....	37
Anlage: Abgrenzung Open Government – E-Government .....	43
Anlage: Web 2.0-Werkzeuge, Soziale Medien .....	46

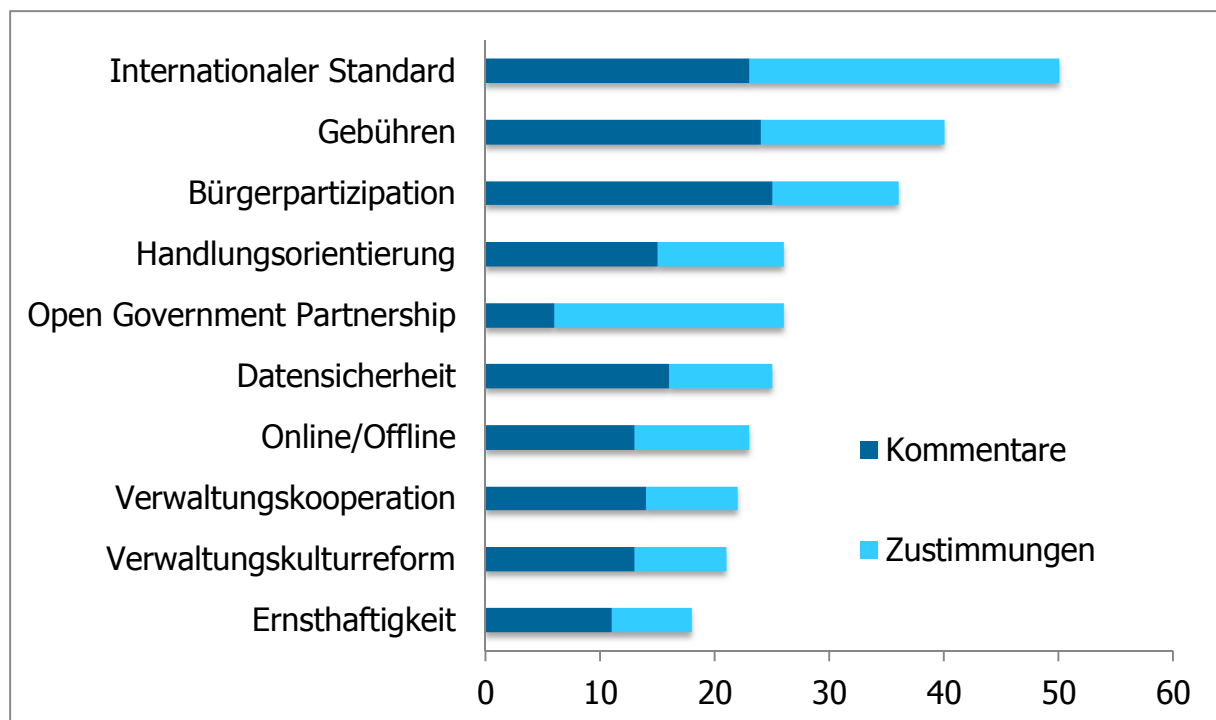


Abbildung 1: Zentrale Themen in den Kommentaren zum Eckpunktepapier (Gesamtübersicht).

Nachfolgend eine Liste der zentral zu den einzelnen Seiten diskutierten Themen. Bitte beachten Sie, es handelt sich hierbei um eine Auswahl der zentralen Kategorien und keine vollständige Wiedergabe.

## Präambel

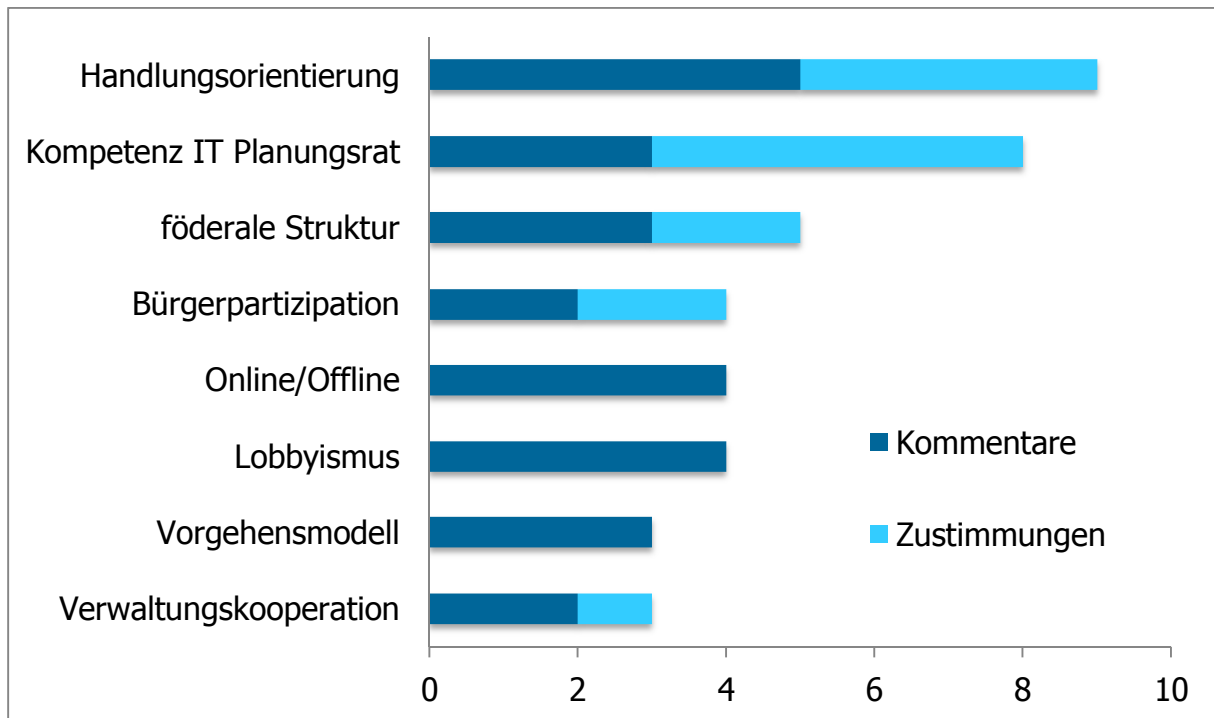


Abbildung 2: Zentrale Themen in den Kommentaren zur Präambel.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Handlungsorientierung</b>	5	4
<p>... aber nicht auf den letzten warten - Wenn "gemeinsam vorgehen" bedeutet, dass man alle mitnimmt - sprich solange plant und konzipiert und ... bis der Letzte auch mitmacht -, ist der Ansatz zum Scheitern verurteilt. (10276)</p> <p>--</p> <p>Kommunen als Zugpferd - Es besteht die Gefahr, das im Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen am Schluss als Kompromiss nur der kleinste gemeinsame Nenner übrig bleibt. Meine Hoffnung liegt in den Kommunen, die ohne 5-Jahrespläne und teure IT-Megaprojekte einfache Lösungen kurzfristig umsetzen können, wenn sie nur wollen. Dafür ist nicht so sehr ein gemeinsames Verständnis notwendig sondern politischer Wille. (10848)</p>		
Kommentar-ID: 10924, 10848, 10276, 10746, 10583		

Themenkategorie: <b>Kompetenz IT Planungsrat</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 5
<p>Eigentlich sähe ich weder den IT-Planungsrat noch den IT-Gipfel im Lead, wenn es um open Government geht. ITK jann Werkzeuge liefern, die OG fördert, es geht aber m.E. um etwas anderes: den Umbau der öffentlichen Verwaltung, die Umgestaltung des Verwaltungshandelns in Richtung auf Teilhabe der Bürger (10609)</p> <p>--</p> <p>Es ist lobenswert, dass die deutsche Bundesregierung jetzt stärker auf open government setzt. Aber die bisherige Bearbeitung in der Mittelebene des BMI (durch sehr engagierte MitarbeiterInnen) und auch die Delegation von Aufgaben an den IT Planungsrat zeigen, dass Open Government eben doch nicht auf der Top Agenda der Bundesregierung steht. Open Government verlangt einen Kulturwandel und der ist keine Frage der IT und daher auch nicht von IT Stäben und CIOs. Diese Aufgabe gehört ins Kanzleramt und auf den Tisch der MPs. (10792)</p>		
Kommentar-ID: 10792, 10614, 10609		

Themenkategorie: <b>föderale Struktur</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 2
<p>Es darf zwischen Bund, Ländern und Kommunen aber nicht zu dem üblichen Kompetenzgerangel kommen. Es kann z.B. nicht sein, dass der Bund Daten veröffentlichen will und die Länder sich querstellen. Auch die Länder und Kommunen müssen sich zu einem gemeinsamen Handeln selbstverpflichten. (10746)</p>		
Kommentar-ID: 10768, 10746, 10735		

Themenkategorie: <b>Online/Offline</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 0
<p>Es ist wichtig "Open Government" nicht nur als elektronischen Zugang zu verstehen. Alle Zugänge sind gleichwertig aufrecht zu erhalten, damit nicht die "Netzcommunity" bei Open Government den Gesamtschnitt verfälscht. (10364)</p> <p>--</p> <p>OPen Governement ist kein IT Thema - Wenn dieses wichtige Thema dennoch so gesehen würde, bedeutet dies, dass Bürger die (aus welchen Gründen auch immer: Behinderung, finanzielle Gründe, etc.) nicht am digitalen Lebensstil teilhaben können, von Transparenz, Mitbestimmung und der Beurteilung politischen sowie Verwaltungstechnischem Handelns ausgeschlossen werden. Dies ist absolut nicht akzeptabel und sollte dringend deutlich gemacht werden! (10864)</p> <p>--</p> <p>Open (Government) Data kann erst durch die Hilfe von Webtechnologien effizient und</p>		

flächendeckend bereitgestellt bzw. genutzt werden. Andererseits ist es in einer Demokratie wichtig, allen Bevölkerungsgruppen einen gleichberechtigten Informationszugang zu gewährleisten, unter anderem also auch ohne Internet. Der Anteil der Internetnutzer lag 2011 bei 75%. Ein Lösungsansatz wäre, über die Behördennummer 115 den telefonischen Abruf der Informationen bzw. das Bestellen per Post zu ermöglichen. (10879)

Kommentar-ID: 10921, 10879, 10864, 10364

Themenkategorie: <b>Lobbyismus</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 0
<p>Es ist nicht aufgabe von Beamten mit wirtschaftlichen Akteuren zu fraternisieren. Sie sind dem deutschen Volke gegenüber verantwortlich, nicht partikularen Interessengruppen. Open government heisst nicht, dass man der Lobby den roten Teppich ausrollt. (10206)</p> <p>--</p> <p>Auch die Wirtschaft ist ein Gesellschaftlicher Akteur - ... und setzt sich nicht nur aus Bürgern zusammen, sondern diese finden dort auch Arbeit, und Wirtschaft erbringt auch Dienstleistung, und zahlt auch Steuern, daher gehört es durchaus zu Open Government, über wirtschaftliche Fragestellungen zu reden. (10209)</p>		
Kommentar-ID: 10421, 10217, 10209, 10206		

Themenkategorie: <b>Bürgerpartizipation</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 2
<p>Da Open Government dazu dienen soll, die umfassende Einbindung aller Akteure, u.a. Wirtschaft, Verwaltung und Bürger zu ermöglichen, ist es wichtig und gut, dass in der Konzeptionsphase auch alle Akteure zur Gestaltung eingeladen werden. (10767)</p>		
Kommentar-ID: 10767, 10725		

Themenkategorie: <b>Vorgehensmodell</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
<p>Das „gemeinsame“ Vorgehen ist gerade im föderalen Rahmen, mit großen Herausforderungen verbunden. Zur Lösung der Konflikte innerhalb der verschiedenen Ebenen oder zur Motivation gemeinsam zu einer Entscheidung zu kommen, könnten im Zuge der Gestaltung eines Maßnahmenkataloges Anreizmechanismen geschaffen werden (10768)</p>		
Kommentar-ID: 10780, 10893, 10768		

Themenkategorie: <b>Verwaltungskooperation</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 1
Innenmarketing - Als eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung dieses Zieles, mehr Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit zu erreichen ist vor allem das Innenmarketing zu stärken. Oftmals sind erfahrungsgemäß Informationen innerhalb der verschiedenen Ebenen nicht allen zuständigen Mitwirkenden ausreichend informiert, so dass hier schon erhebliche Defizite entstehen können. (10737)		
Kommentar-ID: 10888, 10737		

## Kapitel 1: Nationales Verständnis und Fahrplan entwickeln

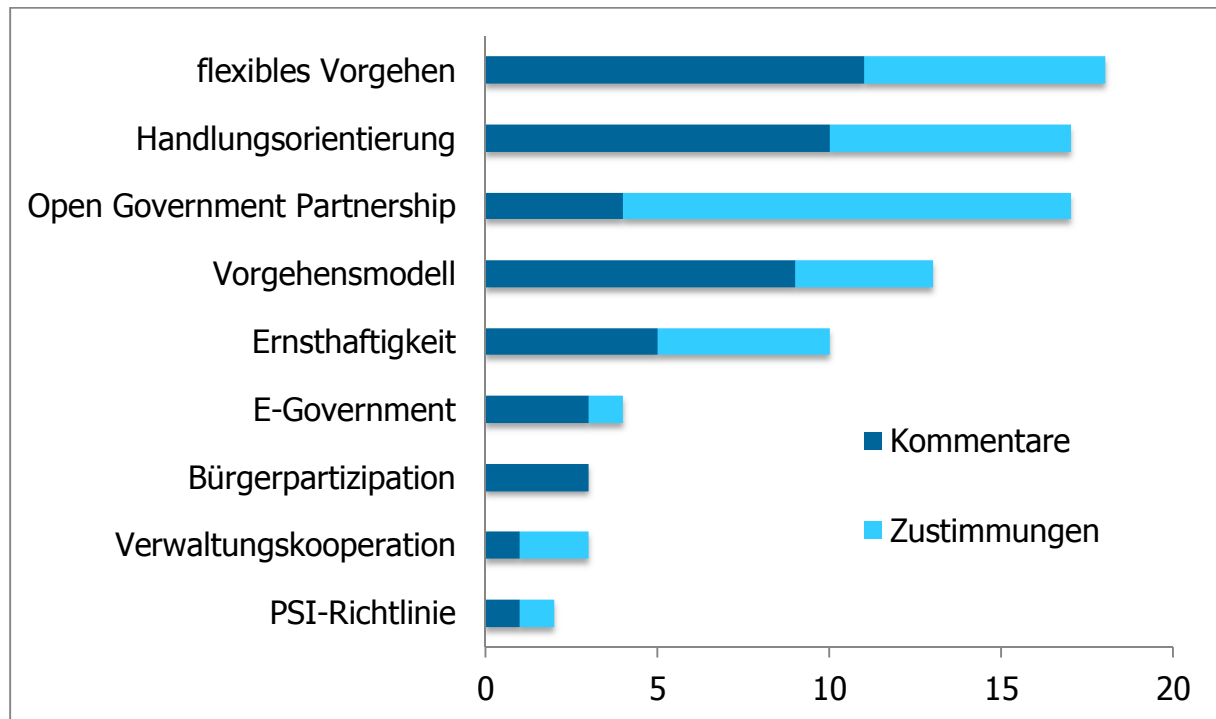


Abbildung 3: Zentrale Themen in den Kommentaren zu Kapitel 1 „Nationales Verständnis und Fahrplan entwickeln“.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>flexibles Vorgehen</b>	11	7
<p>Die Vorstellung einen solchen Prozess von vorne bis hinten durchplanen zu können und dann zu starten ist anachronistisch und nicht nur in der Softwareentwicklung gescheitert. Diese Erfahrung wurde auch in der öffentlichen Verwaltung hinreichend gemacht. Realität sind Prozesse, dazu gehört auch, dass sich Ziele, angemessene Methoden und Werkzeuge im Laufe der Entwicklung und mit wachsender Erfahrung naturgemäß ändern. Benötigt wird ein agiles Vorgehen, das nach einer initialen Konzeptphase rasch mit Prototypisierung und Experimentieren im besten Sinne beginnt. (10287)</p> <p>--</p> <p>Wir brauchen also einen Prozess, bei dem man klein beginnt, wo man auch viel ausprobiert und durch eine Community viel ausprobieren lässt. Die Ergebnisse müssen dann analysiert und dann die Projekte verbessert werden. Und dann geht es wieder von vorne los. Wir brauchen also einen langwierigen Prozess, der auch Fehlschläge zulässt. Ich würde vermuten, dass dieser Prozess über Jahre andauern wird, da wir ja nicht nur ein technisches Problem, sondern auch (oder vor allem) ein kulturelles Problem zu lösen haben. Insgesamt aber bitte keine Phase und Methoden vorgeben, sondern nur einen Iterationszyklus definieren und vor allem die Reflektion in den Mittelpunkt stellen. (10669)</p> <p>--</p> <p>Ein starres Vorgehensmodell zu entwickeln oder pauschal vorzugeben scheint kaum möglich</p>		

oder sinnvoll - dennoch birgt xtreme-vorgehen bzw. ausschließliches Drauf-Verlassen, dass die "crowd" schon eine gute Idee haben wird, auch das Risiko, eine weitere Wüste mit 1001 online gestellten Services bzw. Datenangeboten zu haben, die keinen interessiert. (10747)

Kommentar-ID: 10925, 10855, 10799, 10772, 10669, 10747, 10586, 10563, 10287, 10258, 10287

Themenkategorie: <b>Handlungsorientierung</b>	Kommentare: 10	Zustimmungen: 7
<p>Vorgehensmodelle dienen nur der internen Absicherung, am besten ist es loszulegen, und was auszuprobieren, ein Teil der Ansätze wird scheitern, und das ist auch richtig so. Die guten Ansätze werden refaktoriert. (10258)</p> <p>--</p> <p>Wir brauchen jetzt keine Lösungen sondern nur die Offenbarung der Daten. Das ist etwas was sehr einfach und billig realisierbar ist und danach können wir immer noch sehen welche Lösungen noch gebraucht werden. (10615)</p> <p>--</p> <p>Es scheint als müsse gerade die deutsche Regierung und Verwaltung "Open Government" neu erfinden und in einem DIN-Standart definieren. Das ist falsch und führt nicht zum Ziel. Ich wünsche mir mehr Mut zum Experiment. Wir brauchen keine Modelle für Offenheit, Transparenz und Beteiligung sondern politischen Willen diese in der Praxis umzusetzen. Keep it simple. (10855)</p>		
<p>Kommentar-ID: 10910, 10661, 10659, 10652, 10615, 10517, 10287, 10258, 10855, 10793</p>		

Themenkategorie: <b>Open Government Partnership</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 13
<p>Der Weg erstmal eine eigene Strategie und Plattform zu entwickeln, bevor man sich mit einer Teilnahme am Open Government Partnership beschäftigt (so sieht das zumindest der Bundesinnenminister Friedrich), kann nicht der richtige sein.</p> <p>Ein Beitritt oder eine Ankündigung zum Beitritt zum Open Government Partnership im Rahmen der Verabschiedung des Eckpunktpapiers wäre ein gelungener Schritt zur Konkretisierung dieses schwammigen Textabschnitts. (10748)</p> <p>--</p> <p>Die Open Government Partnership (OGP) ist kein Selbstzweck und noch weniger eine Garantie dafür, dass sie tatsächlich zu einer Entwicklung und Umsetzung führt, die den Namen "Open Government" auch verdient. (10862)</p>		
<p>Kommentar-ID: 10862, 10793, 10748, 10599</p>		

Themenkategorie: <b>Vorgehensmodell</b>	Kommentare: 9	Zustimmungen: 4
<p>Wenn wir O.G: anstreben, werden wir dies erreichen, wenn wir konkrete Projekte definieren und vergeben, die jeweils konkrete Zeit- und Investitionspläne haben müssen, und über Meilensteine gekoppelt sind, damit man O:G: als Projektbündel über einen Masterplan per Multiprojektmanagement steuern kann. Das ist Industriestandard (in der IT und anderswo) Das Wort "Fahrplan" bleibt hingegen völlig im Unverbindlichen! (10627)</p> <p>--</p> <p>Praktische Erfahrung zeigt, dass zumindest Richtung und Leitplanken gesetzt werden müssen, wenn man ein Ziel halbwegs sicher erreichen möchte. Ansonsten ist/wird das hier kein Eckpunktepapier, sondern eine Wunschliste... (10703)</p> <p>--</p> <p>Fahrplan und Zeitplan definieren - Im Rahmen des Eckpunktpapiers könnte man selbstverpflichtend einen Gesamtzeitraum nennen, damit würde dem Papier eine Strahlkraft verliehen werden (für Bürger, Verwaltung, Regierung, Medien). Selbst wenn das Ziel erst für 2016 definiert wird. (10749)</p>		
Kommentar-ID: 10894, 10749, 10747, 10703, 10660, 10627, 10586, 10563, 10546		

Themenkategorie: <b>Ernsthaftigkeit</b>	Kommentare: 5	Zustimmungen: 5
<p>Angezogene Handbremse - Wenn die "gewachsene Regierungs- und Verwaltungskultur" beachtet werden soll, dann zeigt das im Zweifelsfall, dass man nicht an einem echten Wandel, sondern nur an einer neuen Fassade interessiert ist. (10427)</p>		
Kommentar-ID: 10852, 10851, 10585, 10427, 10769		

Themenkategorie: <b>E-Government</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 1
<p>Abgrenzung zu eGovernment? - Hier werden m.E. Elemente der anerkannten "Speyerer" eGovernment-Definition nach Reinermann/v.Lucke mit openGovernment vermengt. (10702)</p>		
Kommentar-ID: 10760, 10702, 10747		

Themenkategorie: <b>Bürgerpartizipation</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
<p>Kommunikationsstrukturen schaffen - Hierzu muss die Anhörung der Bürger und die einbeziehung derer, die die Leistungen nachher umsetzen sollen, einbezogen werden. (10515)</p> <p>--</p> <p>Es wäre schön, wenn die unterschiedlichen gesellschaftlichen Stakeholder tatsächlich auf Augenhöhe in den *gesamten* Entwicklungs- und Umsetzungsprozess einbezogen würden. Tatsächlich aber sitzen z.B. bei IT-Gipfel und IT-Planungsrat Vertreter der Wirtschaft mit am Tisch wären die Zivilgesellschaft nicht einbezogen wird. (10852)</p>		
Kommentar-ID: 10723, 10515, 10852		

Themenkategorie: <b>Verwaltungskooperation</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 2
<p>Die Entwicklungen (technisch, sozial, wirtschaftlich) sind stark von der Entkopplung des Raumbezuges (Globalisierung) und der zunehmenden Vernetzung und damit einhergehender wachsender Komplexität geprägt. Die Bürger, die Wissenschaft und die Wirtschaft reagieren auf diesen Druck durch höhere Flexibilität und komplexere Lösungsstrategien. Sie vernetzen sich ebenfalls und erwarten von der Verwaltung mindestens, dass sie das auch tut. Daher leite ich ab, dass die Verwaltung sich nicht nur dem Bürger, der Wissenschaft und der Wirtschaft öffnen muss, sondern auch damit rechnen muss, sich auch für sich selbst zu öffnen. (10266)</p>		
Kommentar-ID: 10266		

Themenkategorie: <b>PSI-Richtlinie</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 1
<p>PSI-RiLi berücksichtigen - Aussagen zur Weiternutzung von Daten im Sinne der EU-Richtlinie 2003/98/EG zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors wären wünschenswert, wobei die durch die Revision der Richtlinie angestrebten Ziele bereits berücksichtigt werden sollten. (10871)</p>		
Kommentar-ID: 10871		

## Kapitel 2: Open Government bedeutet Kulturwandel

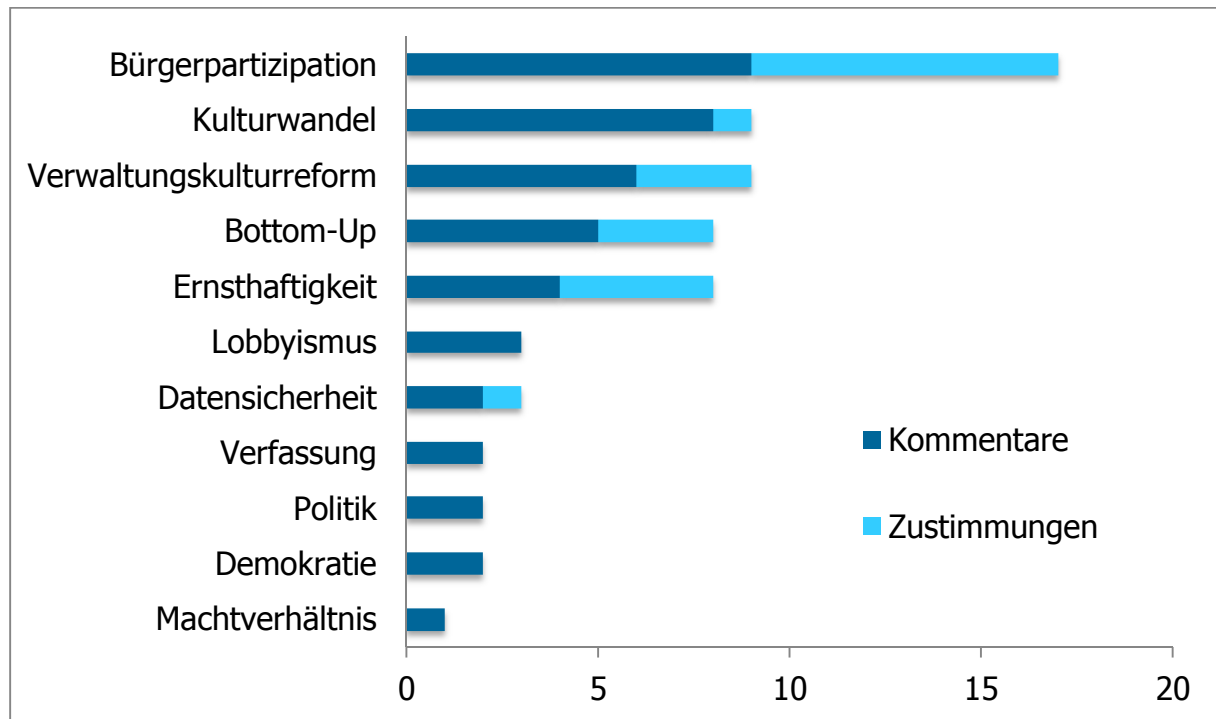


Abbildung 4: Zentrale Themen in den Kommentaren zu Kapitel 2 „Open Government bedeutet Kulturwandel“.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Bürgerpartizipation</b>	9	8
<p>Es fehlt "bessere Entscheidungen" - nicht nur "Akzeptanz", "Wirtschaftsförderung", "effizientere Verwaltung" - Open Government heißt auch, die Bevölkerung viel massiver als bisher in Entscheidungen und in meinungsbildende Prozesse einzubeziehen. Damit lassen sich aber viel bessere Entscheidungen erreichen, weil eben mehr Kompetenz einfließt und mehr Sichtweisen. Open Government kann auch helfen, für Akzeptanz zu werben, aber offenere Beteiligungsprozesse sind dazu mehr geeignet. Der Fokus ist zu wenig dialogorientiert, zu sehr von innen (Verwaltung) nach außen (das Volk), zu wenig von außen nach innen. (10803)</p>		
<p>Kommentar-ID: 10928, 10901, 10808, 10803, 10773, 10670, 10631, 10629, 10588</p>		

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Kulturwandel</b>	8	1
<p>Es geht um einen Kulturwandel! Sowohl in der Verwaltung als auch bei der Bevölkerung, denn auch das mitreden will (wieder) gelernt bzw. geübt sein. (10806)</p> <p>--</p> <p>Ich denke, dass jeder, der für Open Government eintritt sich klar sein muss, dass</p>		

keinesfalls immer das rauskommen wird, was man selbst für "richtig" hält. Der Kulturwandel geht also weiter. (10600)

--

Ich würde ergänzen wollen, dass mehr Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit z.B. auch zu einem veränderten Umgang mit öffentlich geäußerter Kritik führen müssen. Bei einem Kulturwandel geht es primär auch um eine neue Art der Kommunikation. (10902)

Kommentar-ID: 10902, 10891, 10872, 10806, 10600, 10375, 10212, 10210

Themenkategorie: <b>Verwaltungskulturreform</b>	Kommentare: 6	Zustimmungen: 3
<p>In Bezug auf Offenheit gibt es ganz unterschiedliche Verwaltungskulturen, z.,B. Statistikämter auf der einen Seite und Schul-/Bildungsbehörden auf der anderen. Wie ändert man die weniger offenen Kulturen ? (10282)</p> <p>--</p> <p>Voraussetzung dafür ist, dass alle Beteiligten „mitgenommen“ werden und ein breites Vertrauen in eine gemeinsame konstruktive Zusammenarbeit entsteht. Welche Ansätze werden verfolgt, um die Bereitschaft der datenhaltenden Stellen zu befördern, relevante Daten auch tatsächlich zur Weiterverarbeitung zur Verfügung zu stellen? (10872)</p> <p>--</p> <p>Bereitschaft ist zu wenig - Durch alleinige Bereitschaft zum Kulturwandel wird man nicht weit kommen. Analog zum Absatz 1 ("Fahrplan entwickeln") muss ein Vorgehensplan i.S.d. Change Management zum Kulturwandel erstellt werden. (10538)</p> <p>--</p> <p>Die Frage für das Eckpunktepapier müsste dann aber sein, wo/wie kann man ansetzen, die neue Kultur zu fördern. D.h. mir fehlt auf der Seite ein Hinweis auf Führung, Strategie und Organisation. (10564)</p>		
<p>Kommentar-ID: 10947, 10630, 10564, 10538, 10282, 10872</p>		

Themenkategorie: <b>Bottom-Up</b>	Kommentare: 5	Zustimmungen: 3
<p>Bottom-Up Kommunikation - "BürgerInnen, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden" sollten auch gegenüber der Verwaltung Vorschläge transparent und öffentlich einbringen können. Es steckt mehr Potenzial und Kompetenz darin, als die Verwaltung vielleicht annehmen möchte. (10773)</p> <p>--</p> <p>Wer entscheidet, welche Themen geeignet sind? Wo ist die Bottom-Up Perspektive? - Die Absicht ist gut und richtig, aber in diesem Paragraphen wie im bisherigen Text scheint immer wieder die Perspektive durch, dass die Verwaltung alles steuert und entscheidet und Open Government v.a. in eine Richtung funktioniert - von innen nach außen. Warum können</p>		

Bürger nicht einbringen, wobei sie mitentscheiden wollen? Warum sollen nicht BürgerInnen auf die Verwaltung/Politik zugehen? Open Government heißt Abschied vom Paternalismus und stattdessen Dialog auf Augenhöhe. Diesen Grundgedanken verkörpert dieser Entwurf bisher nicht glaubwürdig. (10808)

Kommentar-ID: 10928, 10808, 10773,10670, 10629

Themenkategorie: <b>Ernsthaftigkeit</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 4
<p>Um das Wissen aller gesellschaftlichen Gruppen (Bürger, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft) nutzbar zumachen, müssen diese dafür begeistert werden sich einzubringen und zusammenzuarbeiten. Dafür ist eine ehrliche Ansprache aus Augenhöhe notwendig. (10892)</p> <p>--</p> <p>Stoßrichtung ändern: Kein Marketing-Instrument für Entscheidungen der Politik - O.G. kann möglicherweise (wenn diese eine Anforderung sein sollte) die Bürgerbeteiligung an Entscheidungen stärken, sollte aber kein Vehikel sein, den Bürgern ein wie auch immer motiviertes Regierungshandeln zu erklären. (10631)</p>		
Kommentar-ID: 10892, 10803, 10631, 10808		

Themenkategorie: <b>Lobbyismus</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
<p>Roter Teppich für die Lobby? - Beamte dienen dem deutschen Volk, nicht wirtschaftlichen Interessengruppen. (10189)</p>		
Kommentar-ID: 10518, 10458, 10189		

Themenkategorie: <b>Datensicherheit</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 1
<p>Eine Beteiligung von Menschen setzt spätestens bei der Bearbeitung sensibler Themen ein geeignetes "Identity Management" voraus. Diese Muss eine Anonymisierung erlauben - und zugleich muss zu dem Autoren ein Kontakt aufgenommen werden können. Die bisherigen Systeme erlauben das nicht. ... Es muss ein System her, das zuerst datenschutzrechtlichen Paradigmen gehorcht und den Grundsatz der "informationellen Selbstbestimmung" umsetzt. (10901)</p>		
Kommentar-ID: 10901, 10375		

Themenkategorie: <b>Verfassung</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 0
Mehr Transparenz und Partizipation könnte durch die Integration des Informationsfreiheitsgesetzes in das Grundgesetz sowie in die Verfassungen der Bundesländer erreicht werden. (10267)		
Kommentar-ID: 10267, 10806		

Themenkategorie: <b>Politik</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 0
Umdenken in der Politik - Ganz besonders muss dieses Umdenken in der Politik geschehen. Den dort wird häufig auch noch gemauert, gegen die gewünschte Offenheit (10212)		
Kommentar-ID: 10212, 10210		

Themenkategorie: <b>Demokratie</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 0
Enthierarchisierung Dezentralisierung und Demokratisierung von Planungs-, Entscheidungs- und Leistungserbringungsprozessen stärken die Gestaltungsmacht der in Koproduktionsprozessen Engagierten, die Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen. Es geht nicht primär darum, dass die Bürger verstehen warum die Verwaltung etwas so tut, wie sie es tut, sondern dass die Verwaltung ihr Handeln mehr und mehr an den Bedürfnissen der Bürger ausrichtet. (10927)		
Kommentar-ID: 10927, 10891		

Themenkategorie: <b>Machtverhältnis</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
In unserer offenen Gesellschaft gibt es sehr viel "transparentes" Wissen, das leicht "eingebunden" werden könnte. Wenn man durch diese "Einbindung" jedoch gesellschaftliche Gestaltungsmacht an die Teile der Gesellschaft überträgt, die bisher weniger Einfluss haben, würde man die etablierten Machtverhältnisse ändern. Wer will das? Wer ist bereit, Macht abzugeben? Wer ist bereit, ein Stück der Macht zu erobern? (10926)		
Kommentar-ID: 10926		

### Kapitel 3: Bestehende Ansätze nutzen und ausbauen

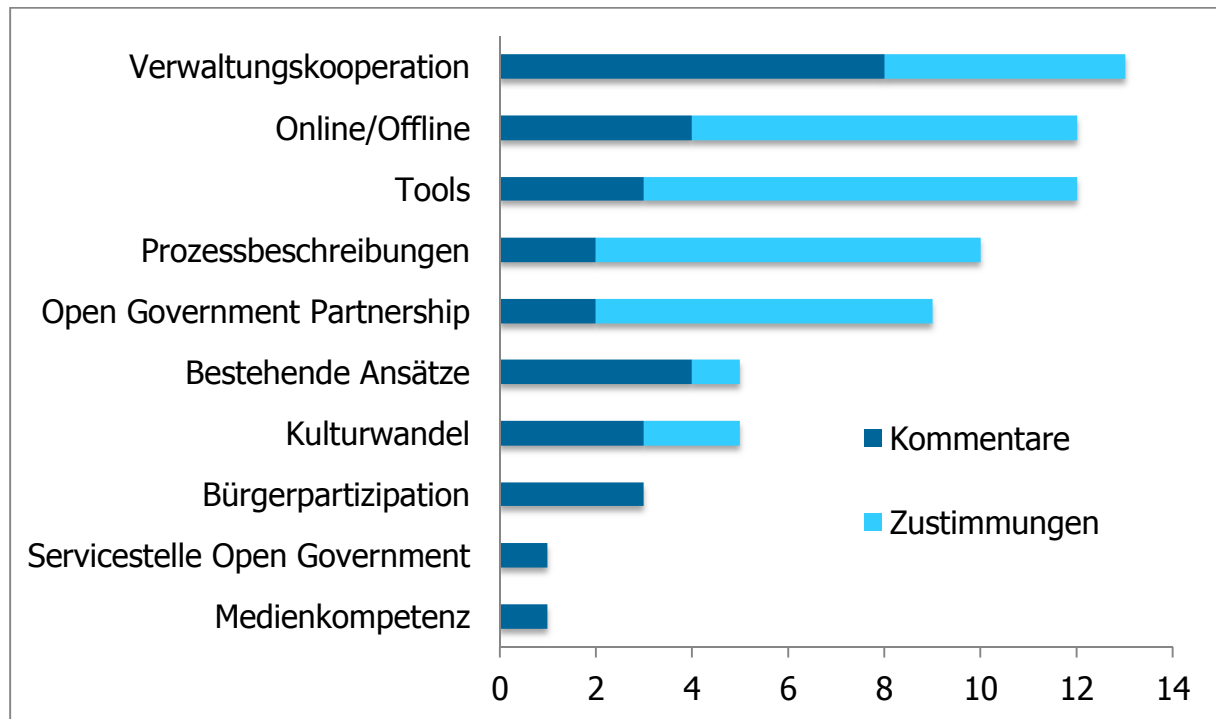


Abbildung 5: Zentrale Themen in den Kommentaren zu Kapitel 3 „Bestehende Ansätze nutzen und ausbauen“.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Verwaltungskooperation</b>	8	5
<p>Ich sehe hier gerade auf Kommunalen Ebene eine Bring-Schuld der Gemeinden die beginnen Bürgerhaushalte ohne ähnliches einzurichten, diese auch für andere Gemeinden in einem begrenzten Kreis zur Verfügung zu stellen. Zumindest Hilfe bei der Einrichtung. (10215)</p> <p>--</p> <p>In der mir bekannten Verwaltungspraxis gibt es leider wenige Beispiele, die dem folgen und sehr viele, die es nicht tun indem das Rad zum x-ten Male neu erfunden wird, unterschiedliche Verwaltungsebenen und Ressorts gleicher Ebenen bewusst oder unbewusst eigene Lösungen entwickeln usw. Wenn man dieses Problem nicht konkret anspricht und Lösungsansätze entwickelt, kann man sich den obigen Absatz sparen. (10292)</p>		
Kommentar-ID: 10906, 10774, 10649, 10643, 10590, 10292, 10283, 10215		

Themenkategorie: <b>Online/Offline</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 8
Diese Werkzeuge.... ....die hier gemeint sind und die in den Kommentaren auch referenziert werden, sind ausnahmslos elektronische Werkzeuge - wo ist die Offenheit und Transparenz ohne Internetzugang? (10395)		
Kommentar-ID: 10589, 10519, 10395, 10601		

Themenkategorie: <b>Tools</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 9
Durch sinkende Personalausstattungen, demographischen Wandel, mehr Rotation, häufigere Veränderung von Anforderungen in der Verwaltung - steigen auch die Ansprüche an Wissenszugang. Wikis können sehr gut helfen, diesen Wissenszugang zu ermöglichen. Trotzdem finden sie sich fast nirgendwo in deutschen Behörden - mit seltenen Ausnahmen. In anderen Ländern (Kanada, Neuseeland...) werden Wikis sogar behördenübergreifend eingesetzt - sie tragen damit auch zu einer höheren Qualität im Verwaltungshandeln bei, gerade bei neuen Prozessen/Inhalten. Eine Initiative für mehr Wikis in der Verwaltung wäre supertoll! (10812)		
Kommentar-ID: 10812, 10601, 10290		

Themenkategorie: <b>Prozessbeschreibungen</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 8
Die Zugänglichmachung von Informationen bedeutet nicht gleichzeitig Transparenz. Viele Behörden nutzen diese Schwammigkeit aus und bieten in ihren Informationssystemen noch nicht einmal eine Schlagwortsuche an, nur wenn man den genauen Namen eines Dokumentes kennt erlangt man die gewünschten Informationen. Das bedeutet, die Dokumente sind in ihren Verfahren untergeordnet, also Prozessen. Diese Prozesse müssten dargestellt und die mit ihnen einhergehenden Dokumente dargestellt werden. (10242)		
Kommentar-ID: 10601, 10242		

Themenkategorie: <b>Open Government Partnership</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 7
Open Government Partnership beitreten - 73 Staaten weltweit sind <a href="http://www.opengovpartnership.org/">http://www.opengovpartnership.org/</a> beigetreten. Deutschland muss auch beitreten um von internationalen Erfahrungen zu lernen. (10598)		
Kommentar-ID: 10598, 10211		

Themenkategorie: <b>Bestehende Ansätze</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 1
<p>Das Lob auf die Early Adopters ist angebracht, eine lineare Weiterentwicklung schadet jedoch der Transparenz, weil die Vielfalt der Informations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten aus Nutzerperspektive abschreckt und die Verschneidung von Informationen erschwert. (10877)</p> <p>--</p> <p>Es gibt meiner Meinung nach viel zu wenig Initiativen aus Regierung und Verwaltung zum Thema Open Government in Deutschland. Die wenigen wirklich innovativen Ansätze stammen fast ausschliesslich aus der Zivilgesellschaft. Das wäre nicht weiter schlimm wenn diese dann von Politik und Verwaltung aufgegriffen würden - was aber, von einigen positiven Ausnahmen abgesehen, ebenfalls nicht passiert. (10905)</p>		
Kommentar-ID: 10260, 10953, 10905, 10774		

Themenkategorie: <b>Kulturwandel</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 2
<p>Foren, Blogs und Wikis sind Werkzeuge. Sie haben zunächst nichts mit Transparenz oder Offenheit zu tun. Richtig ist: Werkzeuge um transparentes Regierungshandeln zu fördern existieren. Dass diese nicht oder nur sehr eingeschränkt genutzt werden, liegt wesentlich an der immer noch weit verbreiteten "Verwaltungsmentalität" der Geheimniskrämerei und der Vorstellung, wer nichts macht (heraus gibt), macht auch keine Fehler. (10290)</p> <p>--</p> <p>Lob für diejenigen, die Open Government schon ausprobieren! Mögen wirklich viele von ihnen lernen und abgucken und viele weitere einfach auch mal machen. Wenn dabei nicht immer alles super klappt - kein Problem. - So sollte es jedenfalls sein. Aber bisher gibt es kaum eine vernünftige Fehlerkultur in der Verwaltung, wer was falsches online sagt oder macht, kriegt meist auf die Mütze und dann heißt es "ging schief". Wenn nicht genug Leute mitmachen - dann sollte man sich fragen, warum ist das so? Und nach Änderungen suchen. So lange, bis es klappt. (10811)</p>		
Kommentar-ID: 10811, 10290, 10758		

Themenkategorie: <b>Bürgerpartizipation</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
Ist das mit der Open Government-Initiative gewollt? Sollen die Bürger wirklich mitentscheiden? Oder will man es bei den unverbindlicheren Konsultationsverfahren belassen, deren Anregungen dann in den eigentlichen Entscheidungsverfahren Berücksichtigung finden sollen? Beteiligungsformate, die es den Beteiligten nicht ermöglichen, das Ergebnis nennenswert zu beeinflussen, haben keine Zukunft. (10929)		
Kommentar-ID: 10929, 10283, 10215		

Themenkategorie: <b>Servicestelle Open Government</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Es wird eine zentrale Stelle benötigt, welche die bisherigen Maßnahmen aufnimmt. Diese werden dann bewertet. Die "guten" werden analysiert und bzgl. der Schnittstellen und Metadaten standardisiert. Der entstehen Katalog von Metadaten ist eine Basis für die Entwicklung weiterer Maßnahmen.		
Welche Stelle zur Standardisierung soll das machen? Wie wird die in die Verwaltungsebenen integriert und was sind genau ihre Kompetenzen, was auch die Frage nach der Verbindlichkeit der erarbeiteten Vorgaben beinhaltet. (10897)		
Kommentar-ID: 10897		

Themenkategorie: <b>Medienkompetenz</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Open Government kann nur funktionieren, wenn (1) ein gemeinsames Verständnis der Möglichkeiten vorherrscht (2) alle Beteiligten sich mit dem Thema auseinandersetzen. (10758)		
Kommentar-ID: 10758		

## Kapitel 4: Den Rechtsrahmen überprüfen und einheitliche Anwendung empfehlen

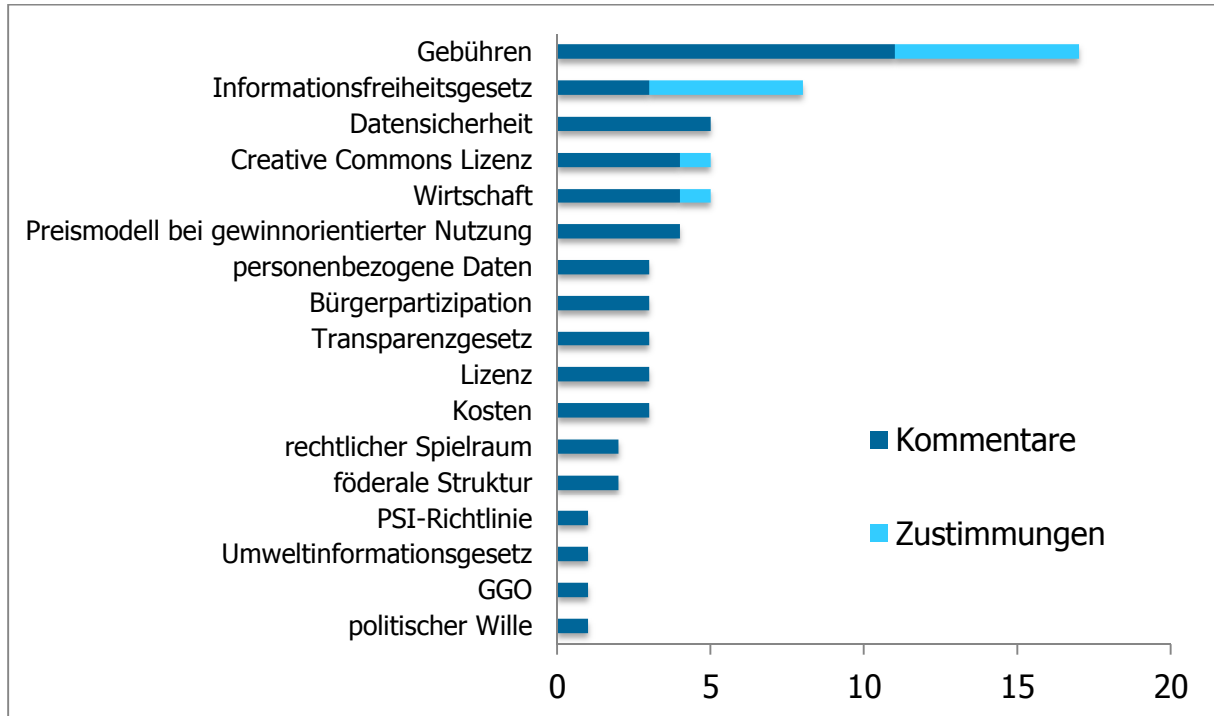


Abbildung 6: Zentrale Themen in den Kommentaren zu Kapitel 4 „Den Rechtsrahmen überprüfen und einheitliche Anwendung empfehlen“.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Gebühren</b>	11	6
<p>Die Nutzeffekte von Open Data sind vielfältig, sie umfassen monetäre als auch soziale und demokratische Vorteile. Dafür BürgerInnen noch einmal zahlen zu lassen, ist merkwürdig. Wenn Kosten anfallen, sind sie quer zu finanzieren - wie Schulbildung und Straßenbau. (10823)</p> <p>--</p> <p>Man mache es bitte wie andere Länder und erlaube die Nutzung der Daten unbedingt auch für kommerzielle Zwecke kostenfrei. Es ist auch eine Infrastrukturmassnahme, um die Wirtschaft zu fördern. (10672)</p> <p>--</p> <p>Geldleistungen nur als Ausnahme - Die Daten selbst wurden bereits mit Steuergeldern bezahlt. Geldleistungen können also nur (1) für Veredelungen und (2) für die Veröffentlichung erhoben werden. (1) ist nicht Sache der Verwaltung und auf (2) sollte zumindest in den ersten Jahren zwecks Anschub verzichtet werden. Deshalb muss die kostenfreie Bereitstellung der Regelfall sein (10540)</p>		
<p>Kommentar-ID: 10896, 10883, 10823, 10794, 10757, 10743, 10672, 10618, 10540, 10299, 10727</p>		

Themenkategorie: <b>Informationsfreiheitsgesetz</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 5
Aber es gibt auch Bundesländer (z.B. Hessen) da gibt es kein Informationsfreiheitsgesetz. Dort wird bereits über die KOMmunalen Parlamente versucht mit einer Informationsfreiheitssatzung gegen zu steuern. (10225)		
Kommentar-ID: 10225, 10213, 10820		

Themenkategorie: <b>Datensicherheit</b>	Kommentare: 5	Zustimmungen: 0
Offenheit und Transparenz führt leider hin und wieder zu Unvorsicht und zu gezielten Angriffen. Es sind geeignete Maßnahmen vorzulegen, wie Daten geschützt werden. Zur Zeit geht gerade durch die Presse, wie die Schufa die Facebook Daten nutzen will - LinkedIn Daten geknackt, usw.....das sollte durch die Verwaltung nicht passieren! Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten und dem BSI wünschenswert (10413)		
--		
Ein Aspekt des Datenschutzes wird leider immer vergessen. Wie sieht es mit dem Schutz der Beschäftigten aus, die die Systeme bedienen müssen? (10688)		
Kommentar-ID: 10796, 10707, 10688, 10531, 10413		

Themenkategorie: <b>Creative Commons Lizenz</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 1
hier auf CC als Lizenz zu setzen greift zu kurz, §5 UrhG muss ausgeweitet werden (10577)		
Kommentar-ID: 10577, 10315, 10824, 10521		

Themenkategorie: <b>Wirtschaft</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 1
<p>Anliegen der Wirtschaft stärker in den Blick nehmen - Insbesondere das Vorhaben, Daten des öffentlichen Sektors für Geschäftsmodelle der Unternehmen nutzbar zu machen, wird unterstützt. Dies ist nicht nur eine Voraussetzung für Innovationen, sondern stärkt auch die regionale Wettbewerbsfähigkeit. (10873)</p> <p>--</p> <p>Voraussetzung für die nutzen- und innovationsstiftende Weiterverwendung von Daten der öffentlichen Hand ist, dass auch Unternehmen frühzeitig in den Diskussionsprozess eingebunden werden. Die vorliegende Konsultation ist ein erster Schritt. Der Dialog mit den betroffenen Interessengruppen sollte künftig jedoch intensiver geführt werden. Hier denken wir insbesondere an die konkreten Nutzungsbestimmungen, aber auch an Standardisierungsfragen, Anforderungen an Datenkataloge und Schnittstellenbeschreibungen. (10073)</p>		
Kommentar-ID: 10874, 10873, 10520, 10672		

Themenkategorie: <b>Preismodell bei gewinnorientierter Nutzung</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 0
<p>Ich finde auch, dass Daten und Rechte an Daten für BürgerInnen, Vereine, non-profit-Organisationen wie OSM, Naturschutzverbände unentgeltlich sein müssen, aber wer mit amtlichen Daten kommerziell arbeitet, soll zu Entlastung des Steuerzahlers diese Daten auch refinanzieren. Bisher zahlen ja die Wirtschaftsunternehmen (Google, Navigationssystemhersteller etc.) auch für die Datennutzung, zumindest für die Vermessungsdaten. Und meines Wissens sind die Einnahmen der Vermessungsbehörden weit im 7-stelligen Millionenbereich. (10743)</p>		
Kommentar-ID: 10794, 10757, 10743, 10645		

Themenkategorie: <b>personenbezogene Daten</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
<p>Personenbezogene Daten sollten per se nicht in die engere Auswahl zur Veröffentlichung als Open Data kommen. (Ausgenommen davon sind Verzeichnisse, die der Öffentlichkeit per Gesetz zugänglich sind) (10796)</p>		
Kommentar-ID: 10796, 10707, 10531		

Themenkategorie: <b>Bürgerpartizipation</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
<p>Warum nur Bund und Länder und komm. Spitzenverbände? Auch BürgerInnen haben dazu eine Meinung! -.Das in einem öffentlichen Wiki entwickelte Hamburger Transparenzgesetz wurde nach Verhandlungen mit der Bürgerschaft in Hamburg von eben dieser als Gesetz verabschiedet. (10821)</p> <p>--</p> <p>Nicht in Bund und Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gibt es die beste Expertise für CC sondern in der Zivilgesellschaft, in zahlreichen NGOs, bei der Open Knowledge Foundation etc. MIT diesen Gruppen sollten gemeinsam optimale Lösungen entwickelt werden. Wenn das Papier nicht mal im eigenen Inhalt die Leitlinien einer offenen Verwaltung verwirklicht, wie soll man es von anderen Behörden erwarten? (10824)</p>		
Kommentar-ID: 10824, 10821, 10930		

Themenkategorie: <b>Transparenzgesetz</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
<p>Ob und wie die IFGs zur Anwendung kommen, scheint willkürlich. HamburgerInnen haben jetzt ein Transparenzgesetz, das Ansprüche der BürgerInnen genau regelt. So einen Rahmen braucht ganz Deutschland! (10820)</p>		
Kommentar-ID: 10930, 10820, 10821		

Themenkategorie: <b>Lizenz</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
<p>Die Lizenzfrage ist zentral, ob ein Datensatz frei oder unfrei ist. An dieser Stelle im Dokument muss klargestellt werden, dass die von Open Government Data-Prinzipien herausgearbeitete Minimalanforderungen an Daten und ihre Lizenzierung eingehalten werden müssen: Freie Nachnutzbarkeit der Daten für beliebige Zwecke, Nachnutzbarkeit, bevorzugt CC0 für Regierungsdaten. (10859)</p>		
Kommentar-ID: 10899, 10859, 10727		

Themenkategorie: <b>Kosten</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
Die Aufbereitung und ständige Pflege von Daten, insbesondere die Nutzbarmachung durch Laien, vereinfachte Nutzeroberflächen etc. muss finanziell sicher gestellt werden. Die Creative Commons sind hier zu offen. Wer sollte dann dies alles bezahlen? (10521)		
Kommentar-ID: 10912, 10645, 10521		

Themenkategorie: <b>rechtlicher Spielraum</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 0
Der/die Rechtsrahmen sind naturgemäß ausgesprochen allgemein und es dürfte schwierig sein, konkrete Maßnahmen und/oder Tools aus dem "Rechtrahmen" zu entwickeln. Aus meiner Sicht macht es mehr Sinn, sich zu überlegen was man will und diese konkreten Gedanken am gültigen Rechtsrahmen zu messen. Für alle Dinge, die ich mir so vorstellen kann, reichen unsere existierenden Rechtsrahmen aus. (10295)		
Kommentar-ID: 10295, 10907		

Themenkategorie: <b>föderale Struktur</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 0
Viele, z. T. veraltete Rechtsgrundlagen schränken freies Verwaltungshandeln ein oder unterbinden es sogar. Ohne damit Rechtsstaatlichkeit auhebeln zu wollen, ist es notwendig, diese veralteten Rechtsgrundlagen anzupassen und somit offenes Verwaltungshandeln zu ermöglichen. Das muss genau in der beschriebenen Gemeinschaft von Bund-Land-Kommune erfolgen. (10644)		
--		
Die Empfehlungen zum Datenschutz sollten dabei konkrete Regelungen und Einstufungen zur Betroffenheit von Daten beinhalten, damit der im föderalen Deutschland uneinheitlich ausgelegte und i.d.R. auf Einzelfallentscheidungen basierende Datenschutz für die Datenanbieter und Nutzer rechtssicherer und verlässlicher gemacht wird. (10900)		
Kommentar-ID: 10900, 10644		

Themenkategorie: <b>PSI-Richtlinie</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Der wirtschaftliche Wert staatlicher Daten darf bei der Frage, ob diese Daten für die Nutzer geldleistungslos oder geldleistungspflichtig zur Verfügung gestellt werden keine Rolle spielen. Lediglich zusätzlich entstehende Kosten für die technische Bereitstellung an Nutzer können hier erhoben werden. Dieser Ansatz wird mit der Philosophie des Grenzkostenprinzips im derzeitigen Entwurf der PSI-Novelle aufgegriffen und unterstützt. (10896)		
Kommentar-ID: 10896		

Themenkategorie: <b>Umweltinformationsgesetz</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Die Pflichten (Verwaltung) und Rechte (Bürger, etc.), die z.B. aus dem UIG erwachsen, sind nach meiner Wahrnehmung sowohl innerhalb der Verwaltung als auch und vor allem nach außen potentiellen Nutzern noch viel zu wenig bekannt. (10294)		
Kommentar-ID: 10294		

Themenkategorie: <b>GGO</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
In der Gemeinsamen Geschäftsordnung (GGO) der Bundesministerien ist es dem Ermessen des federführenden Ministeriums überlassen, wer im Rahmen von Konsultationen dazu eingeladen wird, Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und anderen Vorhaben abzugeben (§47 Abs 3). Im Sinne von Open Government wäre es, bei Konsultationen grundsätzlich die gesamte Öffentlichkeit einzubeziehen, es sei denn es liegen bestimmte Ausschlusskriterien vor. (10959)		
Kommentar-ID: 10959		

Themenkategorie: <b>politischer Wille</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Es liegt nicht an fehlenden Rechtsgrundlagen sondern an politischem Willen konkrete Projekte (Daten veröffentlichen, Transparent zu werden, Bürger und andere Stakeholder in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen) umzusetzen. (10907)		
Kommentar-ID: 10907		

## Kapitel 5: Zentral zugängliche Internetseite aufbauen

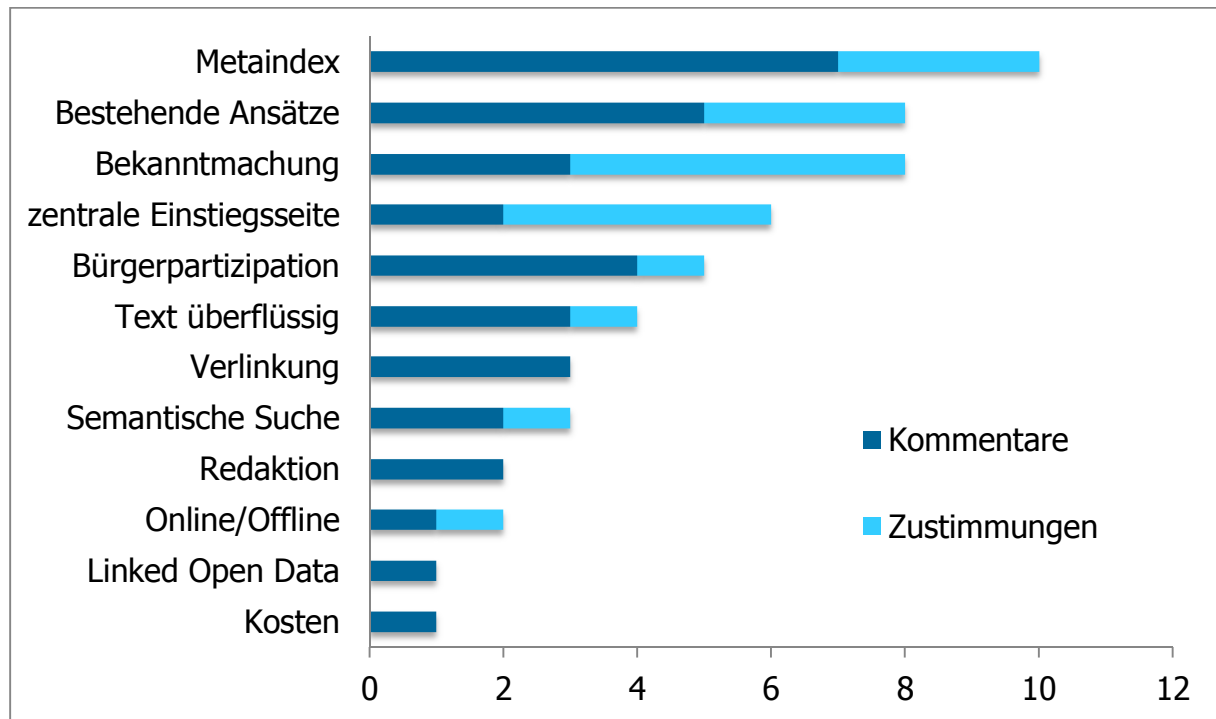


Abbildung 7: Zentrale Themen in den Kommentaren zu Kapitel 5 „Zentral zugängliche Internetseite aufbauen“.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Metaindex</b>	7	3
Je strukturierter die Daten gesammelt und veröffentlicht werden, desto einfach ist es die Auffindbarkeit und Weiterverwendbarkeit zu ermöglichen. Wichtig ist bei einem Index, dass er selbst auch in einem standardisierten offenen Format zur Verfügung gestellt wird. (10798)		
Kommentar-ID: 10708, 10826, 10798, 10797, 10636, 10634, 10268, 10201, 10885		

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Bestehende Ansätze</b>	5	3
n der Umweltverwaltung von Bund und Ländern wird auf Basis einer Bund-Länder Verwaltungsvereinbarung seit nahezu 20 Jahren ein Katalog-/Portalsystem entwickelt und betrieben, das sich technisch und fachlich auch für die Pflege, Publikation und Recherche von "Open(Meta)Data" eignet (10348)		
Kommentar-ID: 10348, 10958, 10885, 10639, 10201		

Themenkategorie: <b>Bekanntmachung</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 5
Nicht nur "eingrichtet" sondern auch beworben und in bestehende Auftritte integriert/verlinkt werden ... Bitte dafür Maßnahmen nennen. GGf. Verpflichtung auf Behördenseite, auf offene Daten hinzuweisen. (10756)		
Kommentar-ID: 10547, 10756, 10827		

Themenkategorie: <b>zentrale Einstiegsseite</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 4
Für mich stellt ein OpenGov die Wurzel der Schnittstelle zwischen Volk und Staat da. Es sollte das Einstiegsportal sein und darf in der Hinsicht 'Monopol'-Charakter haben. ... Jeder im Volk sollte diese Seite kennen, wissen und nutzen. hier fehlen mit die Maßnahmen dafür (10547)		
Kommentar-ID: 10547, 10825		

Themenkategorie: <b>Bürgerpartizipation</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 1
Informationen zur Bürgerpartizipation - Diese Seite erschließt in der Regel über Verlinkungen von Bund, Ländern und Kommunen angebotene Daten und Informationen zur Bürgerpartizipation. (10957)		
Kommentar-ID: 10827, 10898, 10957, 10958		

Themenkategorie: <b>Text überflüssig</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 1
Die O.G. Landkarte ist für die Macher sinnvoll, aber nicht für die Teilhaben woelden Bürger, Studien, Leitfäden etc dito. Also: Absatz streichen. (10662)		
Kommentar-ID: 10662, 10755, 10640		

Themenkategorie: <b>Verlinkung</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
Wenn die Daten nicht nach einheitlichen Kriterien aufbereitet und nur durch Verlinkung verknüpft werden, verlieren die Beteiligten schnell das Interesse, weil Vergleiche etc. mit diesen Daten nicht erreicht werden können und wenig Mehrwert entsteht. (10268)		

--
Verlinkung ist in unserer föderalen Verwaltungsstruktur der einzig realistische Ansatz. Die (zahlreichen) kleinen Initiativen zur Datenharmonisierung in den verschiedensten Teilgebieten die mir bekannt sind, kommen nur im Schneckentempo (wenn überhaupt) voran. Ein zentrales Data Warehouse mit fachlich und "formatig" homogenisierten Daten wird es in Deutschland nicht geben. (10310)
Kommentar-ID: 10310, 10957, 10268

Themenkategorie: <b>Semantische Suche</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 1
Die Welt (auch in der öff. Verwaltung) ist nicht so ordentlich, als das alles in taxonomisch sauberer Ordnung ... abgelegt werdn könnte. Es gibt aber fortgeschrittene Ttechniken, wie z.B. semantische Suche, die das finden von Infos in unstrukturierten Daten erlauben. (10636)		
Kommentar-ID: 10636, 10885		

Themenkategorie: <b>Redaktion</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 0
Großer redaktioneller Aufwand bei wem? (10634)		
Kommentar-ID: 10459, 10643		

Themenkategorie: <b>Online/Offline</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 1
Tolle Idee, aber..... - Wie können die Informationen und Angebote offline verfügbar gemacht werden. Teilhabe, die nur über das Netz erfolgt ist Ausschluss! (10416)		
Kommentar-ID: 10416		

Themenkategorie: <b>Linked Open Data</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Dieser Plan sollte die Erfassung von sinnvollen Metadaten genauso umfassen wie Linked Open Data. Wenn man Datensätze sinnvoll und einfach miteinander in Kontext setzen kann, vervielfacht sich der Nutzen, den Open Data bringt. (10826)		
Kommentar-ID: 10826		

Themenkategorie: <b>Kosten</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Ohne Geld kein Betrieb - Wer wird wirklich die Ressourcen bereitstellen (10280)		
Kommentar-ID: 10280		

## Anlage: Gemeinsames Verständnis der tragenden Begriffe

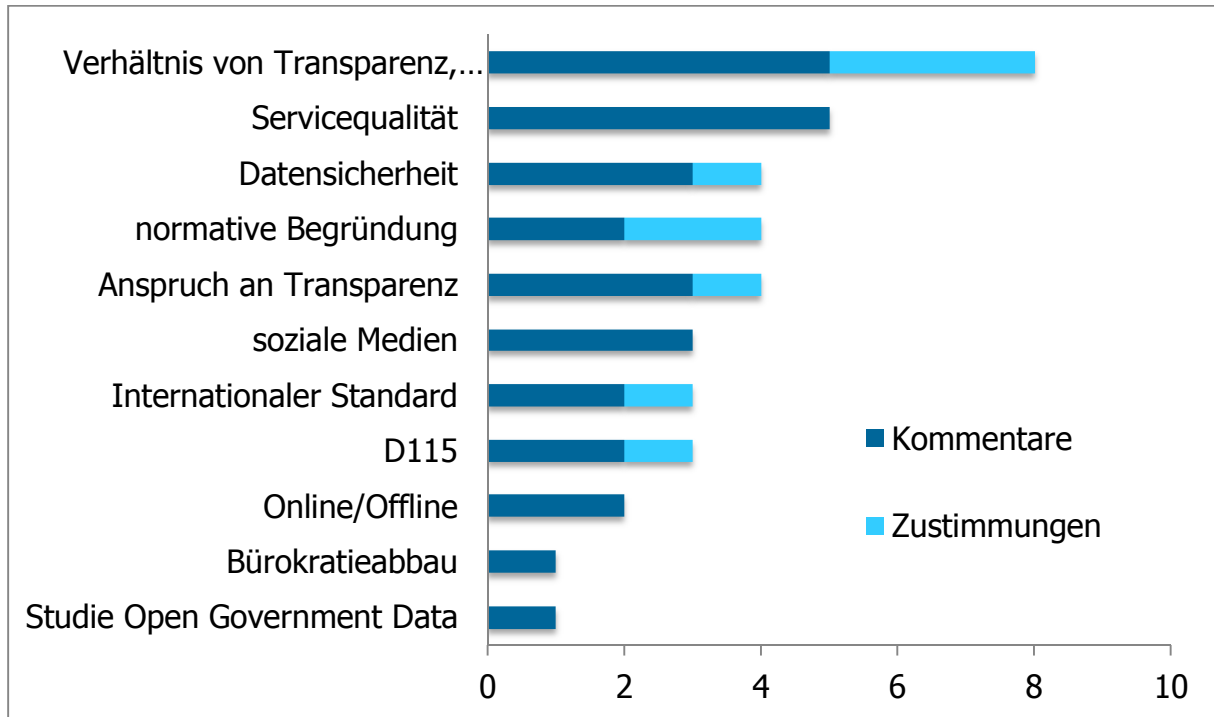


Abbildung 8: Zentrale Themen in den Kommentaren zur Anlage gemeinsames Verständnis der tragenden Begriffe.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Verhältnis von Transparenz, Beteiligung und Zusammenarbeit</b>	5	3
<p>Ohne Transparenz keine sinnvolle Bürgerbeteiligung. Transparenz schafft auch Vertrauen und Vertrauen ist die Basis für Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, z.B. in sogenannten Community Public Partnerships. Alle drei Bereiche sind notwendige Bestandteile von Open Government. Sie bedingen sich gegenseitig und sind eng verzahnt. (10828)</p> <p>--</p> <p>Der Paragraph beschreibt zutreffend, was Kollaboration im Open Government umfassen kann und sollte. Ergänzen kann man den Aspekt der Vernetzung, denn erst durch eine medienbruchfreie Vernetzung ist oft eine solche Kollaboration zwischen Behörden oder von Behörden mit Dritten möglich. Dazu werden Bandbreiten benötigt. Relevant ist hier auch der Bezug zu Transparenz/Open Data und Partizipation. Nur gut informierte BürgerInnen, die sich auf Augenhöhe auch an Entscheidungsprozessen beteiligen können, werden Lust haben, mit ihrer Verwaltung für einen gemeinnützigen Zweck zusammenzuarbeiten. (10831)</p>		
Kommentar-ID: 10831, 10828, 10665, 10232, 10829		

Themenkategorie: <b>Servicequalität</b>	Kommentare: 5	Zustimmungen: 0
<p>Die ServiceQualität von internen und dem Bürger transparenten Verwaltungsprozessen zu verbessern, sehe ich als Aufgabe von E-Governemet sowie von Business Process redesign Projekten. Sicher wird diese ABgrenzung noch genauer gefasst werden müssen, abder der Eindruck, O:G befasse sich mit der Service-Qualität von Verwaltungsprozessen, ist m.E. nicht korrekt. Ich bite um Umformulierung! (10664)</p> <p>--</p> <p>Ich widerspreche anderen Kommentaren - natürlich kann Open Government zu einer Verbesserung der Servicequalität beitragen. Wenn z.B. in einem Apps Wettbewerb von BürgerInnen Apps entwickelt werden, die quasi staatliche Informationen zugänglicher machen und eine Dienstleistung mit Mehrwert darstellen, ist das Servicequalität. Wenn die Veröffentlichung und damit Vergleichbarkeit von Bearbeitungsfristen z.b. für Bauanträge zu einer Verkürzung der Bearbeitungszeiten führt, ist das auch eine Verbesserung der Servicequalität. (10832)</p> <p>--</p> <p>Entscheidendes Merkmal ist die Kooperation im Servicedesign und in der Leistungserbringung, deshalb plädiere ich für die Verwendung des Begriffes "Koproduktion". Die NESTA-Definition des Begriffs <a href="http://vimeo.com/43600284#">http://vimeo.com/43600284#</a> gefällt mir sehr gut und sie scheint mir gut vereinbar mit dem Konzept des weiterentwickelten Bürgerhaushalts (Bürgerhaushalt in Bürgerhand), bei dem es darum geht, die Ressourcen der öffentlichen Hand mit den anderweitig in der Gesellschaft vorhandenen Ressourcen zu bündeln, um das kooperative Design und/oder auch die kooperative Erbringung hochwertiger öffentlicher Leistungen zu ermöglichen. (10939)</p>		
Kommentar-ID: 10832, 10776, 10664, 10651, 10548		

Themenkategorie: <b>Datensicherheit</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 1
<p>Die Forderung von philippmueller "Nur wenn jedes Atom auch ein verfügbares Bit hat und dieses zugänglich ist, können wir die Mehrwerte unserer digitalen Netzwerkgesellschaft heben!" geht mir eindeutig zu weit. Mein Anspruch hinsichtlich Transparenz bezieht sich auf die öffentlichen Angelegenheiten in Gemeinwesen und Staat. Eine Digitalisierung aller Lebensbereiche führt auch zu einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Das scheint mir weder aus sozialen, noch aus ökologischen Gründen wünschenswert zu sein. (10931)</p>		
Kommentar-ID: 10931, 10491, 10460		

Themenkategorie: <b>normative Begründung</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 2
Mehr Teilhabe ist eine Weiterentwicklung unserer Demokratie - sie führen nicht nur zu mehr		

Akzeptanz sondern zu besseren Entscheidungen - Inhaltliche volle Zustimmung - nur das genannte Ziel - "sollen die Akzeptanz von Entscheidungen erhöhen" finde ich einseitig und ungenügend. Keineswegs geht es nur um eine bessere PR für politische Entscheidungen, die unpopulär sind. Es geht vielmehr darum, die Ergebnisse von Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen zu verbessern, damit dann auch indirekt Konfliktpotenzial zu reduzieren und eher Entscheidungen zu treffen, die ein win-win sind. Das kann und wird die Akzeptanz erhöhen, aber die höhere Qualität der Entscheidungen ist für sich ein sehr nennenswertes Ziel, dass über den Marketingansatz weit hinaus geht. (10830)

--

mir fehlt hier (aber genauso in Obama's Memo) die Begründung warum Transparenz, Partizipation, Kollaboration handlungsleitend sind (und warum jetzt und nicht vor 10, 30 oder 50 Jahren). ... ich würde es historisch einordnen, bspw.:

Die deutsche Demokratie nach 1945 war von den Massenmedien geprägt, der gesellschaftliche Diskurs wurde durch Print, Radio und Fernsehen, die Wertschöpfung durch Unternehmen und Verwaltung strukturiert. Mit dem aufkommen des Internets, entstand eine skalierbare Infrastruktur auf der anders diskutiert, entschieden und gearbeitet werden kann. Während Massenmedien und hierarchische Organisationen sehr gut in der Einwegkommunikation sind, erlauben digitale Netz-Medien zwei- bzw. viel-Wege-Kommunikation. Um diese zu nutzen, müssen wir unsere Ideenfindungs-, Entscheidungs- und Wertschöpfungsprozesse öffnen. (10566)

--

Ziel ist es, staatliche Aufgaben in ihren Abläufen und die dabei betroffenen Information verständlicher zu machen, um die Servicequalität verbessern zu können, das weit verbreitete Wissen in der Gesellschaft zu nutzen und zu stärken um eine lösungsorientiertere Arbeit des Staates zu ermöglichen. (10548)

Kommentar-ID: 10566, 10548

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Anspruch an Transparenz</b>	3	1
<p>wichtiger Aspekt von Transparenz ist ja das sozioökonomische Mehrwertpotenzial der Daten. Das klassische Beispiel ist, wie durch die Freigabe der GPS-Geodaten in den 1990er Jahren ein Markt geschaffen wurde, der heute direkt \$ 100 Mrd Umsatz generiert (GPS-Geräte und Kartenupdates) und ökonomisch/soziale Abstrahleffekte im Wert von mehreren Milliarden \$ generiert (in Dollar gerechnet, da es ursprünglich eine Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan war).</p> <p>Transparenz ist also wichtig für die Ideen/Entscheidungsfindung in unserer Demokratie, aber auch als Basis einer digitalen Gesellschaft/Ökonomie. Nur wenn jedes Atom auch ein verfügbares Bit hat und dieses zugänglich ist, können wir die Mehrwerte unserer digitalen Netzwerkgesellschaft heben! (10567)</p>		
Kommentar-ID: 10931, 10829, 10567		

Themenkategorie: <b>soziale Medien</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
Beide sog. sozialen Netzwerke sind mittlerweile Datensammelstellen geworden, die genaue Einzelprofile von Individuen ermöglichen. Besonders Facebook ist nicht mehr nur ein soziales Netzwerk, sondern ein GESCHÄFTSMODELL, mit dem viel Geld verdient wird. Warum soll sich der Staat an einem solchen Modell beteiligen bzw. es dadurch unterstützen, indem man Teil dieses Modells ist? (10460)		
Kommentar-ID: 10813, 10491, 10460		

Themenkategorie: <b>Internationaler Standard</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 1
Woher stammt die Definition. Ist sie im europäischen/internationalen Kontext kompatibel? (10709)		
Kommentar-ID: 10709, 10828		

Themenkategorie: <b>D115</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 1
Aufforderungen zur Mitwirkung erfordern auch einen Service durch Menschen, die erreichbar sein sollten. Der begleitende Aufbau einer Servicestelle sollte daher in Betracht gezogen werden. Eine Verbindungslinie zu D115 wäre Ideal.		
Kommentar-ID: 10663, 10651		

Themenkategorie: <b>Online/Offline</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 0
Von elektronischer Öffnung ist jedoch nicht die Rede - es muss ausgewogen die Möglichkeit geboten werden sich online, wie offline informieren und beteiligen zu können. (10417)		
Kommentar-ID: 10939, 10417		

Themenkategorie: <b>Bürokratieabbau</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Besser wäre es die politische Bürokratie d.h. die Länder abzuschaffen und die Verwaltungsbürokratie, d.b. Landrat & Co. auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. (10083)		
Kommentar-ID: 10568		

Themenkategorie: <b>Studie Open Government Data</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Ich wüßte gerne, weshalb die PPP-Lobbyorganisation "ÖPP Deutschland AG" an der Erarbeitung der Open Gov-Strategie der Bundesregierung unter Federführung von Fraunhofer Fokus beteiligt ist: Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat am 13. Januar 2012 einen Auftrag zur Erstellung einer Studie zu Open-Government in Deutschland an das Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme („FOKUS“) vergeben. Den Schwerpunkt der Studie bildet Open Government Data. .. Zivilgesellschaftliche Organisationen scheinen nicht in die Erarbeitung eingebunden zu sein. Weshalb nicht? (10932)		
Kommentar-ID: 10932		

## Anlage: Open (Government) Data

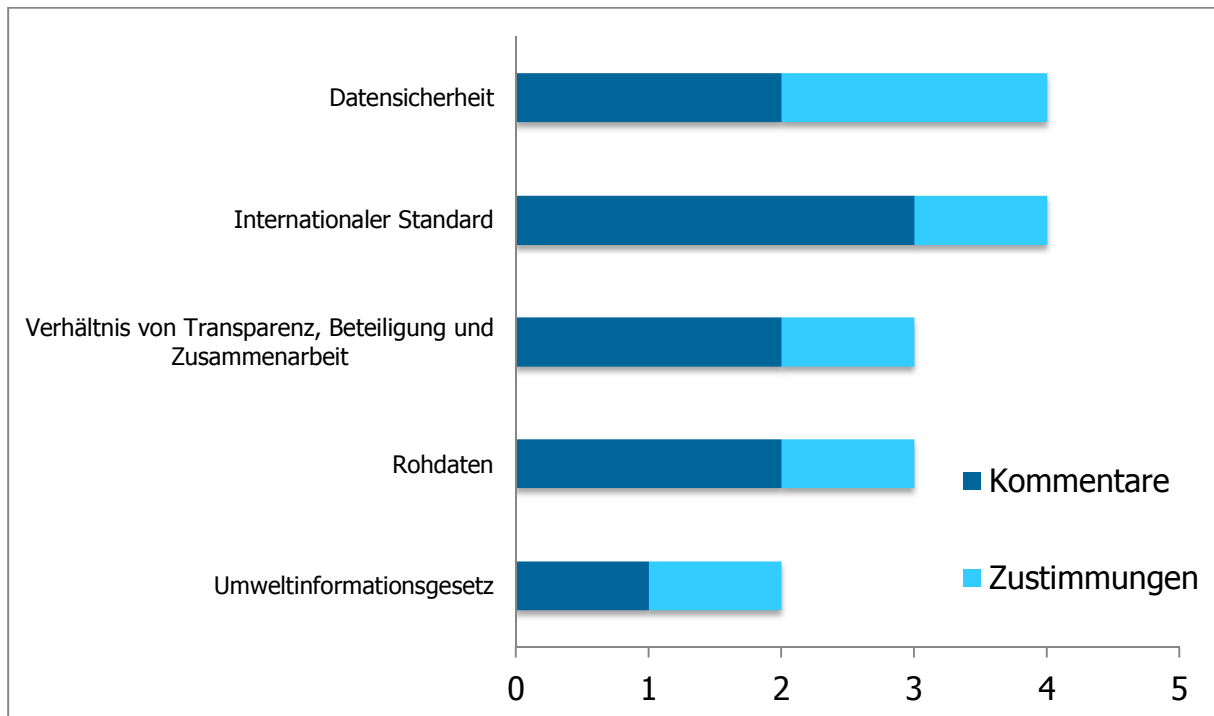


Abbildung 9: Zentrale Themen in den Kommentaren zur Anlage Open (Government) Data.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Datensicherheit</b>	2	2
<p>Derzeit werden Daten verknüpft (von wirtschaftlich tätigen Unternehmen), die gar nicht verknüpft werden sollte. Mit diesen Datenblasen wird schon jetzt in idiotischer Weise am Markt gehandelt: Datenverkauf von vermeintlichen „Zielgruppen“. Es ist hoheitliche Aufgabe des Staates, Bürger vor Fehlentwicklungen zu schützen und wirtschaftliche Interessen hinter Gemeinwohl-Interessen zu stellen. (10526)</p> <p>--</p> <p>Richtig ist die Abgrenzung von personenbezogenen Daten und von sicherheitsrelevanten Daten, jedoch ist als Standard die Offenheit von Daten festzulegen und Ausnahmen sind nach klaren Kriterien zu begründen. Ausnahmetatbestände dürfen nicht als Verhinderungstaktik eingesetzt werden, um Daten nicht zu veröffentlichen. (10834)</p> <p>Kommentar-ID: 10834, 10526</p>		

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Internationaler Standard</b>	3	1
<p>Quellen der Definitionen? EU-/international kompatibel? (10711)</p>		

<p>--</p> <p>wieso nicht PSI. Public Sector Information. Genau das ist gemeint und europaweit reguliert mit einer Richtlinie. Warum den neuen Begriff Open Data einführen, wenn es schon Begriffe für den Sachverhalt im Gesetzrahmen gibt. Richtlinie 2003/98/EG (PSI-Richtlinie), in Deutschland umgesetzt durch das Informationsweiterverwendungsgesetz. (10234)</p> <p>--</p> <p>Bitte auf <a href="http://opendefinition.org/okd/">http://opendefinition.org/okd/</a> verweisen - Keine neue nationale Definition! (10887)</p>
<p>Kommentar-ID: 10887, 10711, 10234</p>

<p>Themenkategorie:</p> <p><b>Verhältnis von Transparenz, Beteiligung und Zusammenarbeit</b></p>	<p>Kommentare:</p> <p>2</p>	<p>Zustimmungen:</p> <p>1</p>
<p>Open Data führt zu einer Weiterentwicklung demokratischer Prozesse - bessere Möglichkeiten der Beteiligung; neue Services - die nah an den Wünschen von BürgerInnen sind und vermutlich vom Staat nicht finanzierbar; und JA - es schafft enorme Innovations- und auch Wirtschaftspotenziale. (10833)</p> <p>--</p> <p>Es geht auch um einen Wissens- und Ideenreicherung der Verwaltung durch die Bürgerschaft. Dies geht natürlich nur, wenn die entsprechenden Grunddaten als Open Data vorliegen. (10778)</p>		
<p>Kommentar-ID: 10833, 10778</p>		

<p>Themenkategorie:</p> <p><b>Rohdaten</b></p>	<p>Kommentare:</p> <p>2</p>	<p>Zustimmungen:</p> <p>1</p>
<p>Den Satzteil "iin der Regel in Form von Rohdaten" würde ich streichen. Es gibt eine Vielzahl aufbereiteter Daten die der Veröffentlichung harren, wieso sollte man den Fokus auf Rohdaten legen? (10350)</p> <p>--</p> <p>Rohdaten machen deswegen sinn, weil bei bereits aufbereiteter Daten automatisch Dinge rausfallen, die für die jeweilige Aufbereitung nicht von Interesse waren. Jetzt kommt jemand anderes und hat ne Idee, was mit den in den Rohdaten, aber nicht in den aufbereiteten Daten, vorhandenen Daten geschehen kann. Dieser kann seine Idee dann ohne die Rohdaten nicht umsetzen (10532)</p>		
<p>Kommentar-ID: 10350, 10532</p>		

Themenkategorie: <b>Umweltinformationsgesetz</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 1
Eine Triebfeder für Offene Verwaltungsdaten kann auch die aus den Umweltinformationsgesetzen resultierende Verpflichtung zur aktiven Verbreitung von Umweltinformation durch die öffentliche Verwaltung sein. Die UIGs fassen den Umweltbegriff dabei sehr weit. Proaktive Datenveröffentlichung senkt darüber hinaus (hoffentlich) den aktuell durch Einzelfall-Antrag entstehenden Arbeitsaufwand innerhalb der Verwaltung. (10351)		
Kommentar-ID: 10351		

## Anlage: Open Data – Kriterien

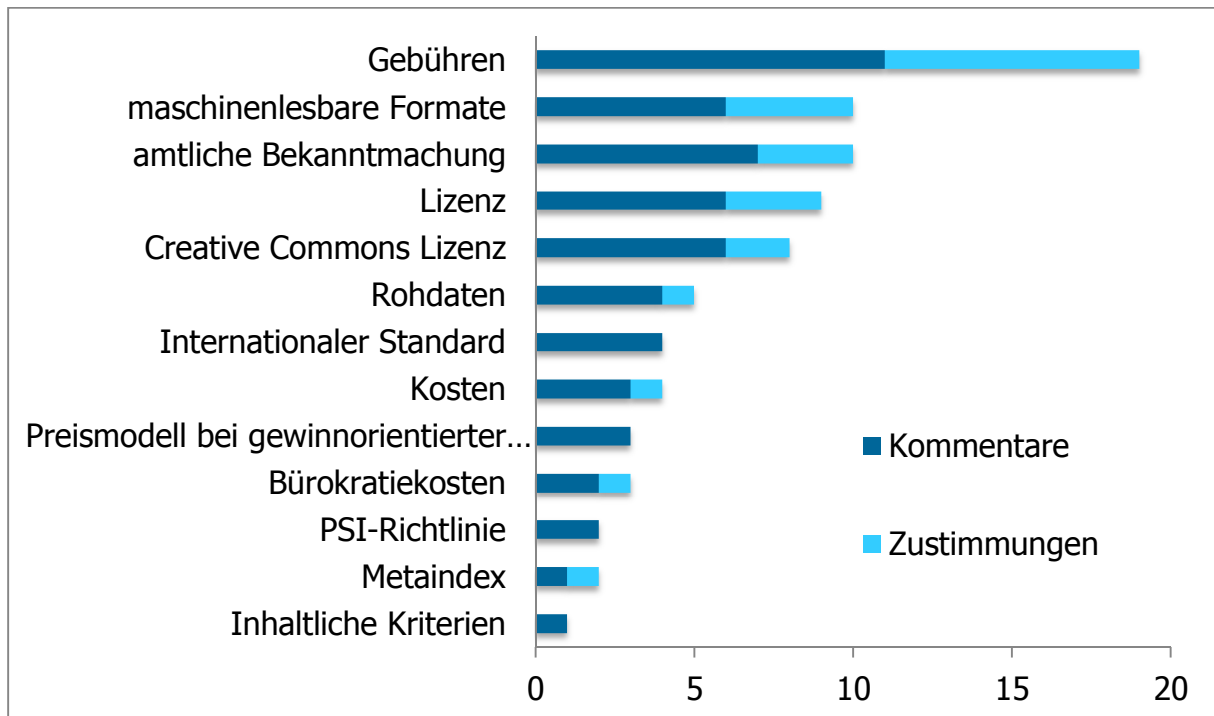


Abbildung 10: Zentrale Themen in den Kommentaren zur Anlage Open Data-Kriterien.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Gebühren</b>	11	8
<p>Es kann nicht sein dass der Bürger mit seinen Steuern eine Bürokratie finanziert und nachher von der Bürokratie abkassiert wird, wenn er von ihr Daten will. Das sind bits und bits, es hat nichts zu kosten, diese per API abzufragen. Punkt. (10236)</p> <p>--</p> <p>Es mag budgetär Notwendigkeiten geben auch weiterhin für einzelne Datensätze Geld zu verlangen. Es sollten jedoch schon klar sein, das eine solche Handlungsweise der Idee von OpenGovernment diametral entgegensteht. Weil nennenswerte Einnahmen nur mit ausgesprochen restriktiv Nutzungs bzw. Weitergabebedingungen erzielt werden können. Ohne diese reduziert sich die Zahl der Käufer und der Datenverkauf macht ökonomisch keinen Sinn mehr. (10274)</p>		
<p>Kommentar-ID: 10837, 10752, 10731, 10638, 10622, 10610, 10462, 10386, 10274, 10236, 10192</p>		

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>maschinenlesbare Formate</b>	6	4
<p>Damit Daten maschinenlesbar sind reicht es nicht aus, dass sie in einem Standardformat exportiert vorliegen. Damit OpenGovernment zum Fliegen kommt, müssen vergleichbare Daten auch in entsprechenden, einheitlichen Datenstrukturen vorliegen, so dass sie über Verfahrens- und Verwaltungsgrenzen hinweg verarbeitet werden können. (10191)</p> <p>--</p> <p>Wenn jede der &gt;13.000 Kommunen die "gleichen" Daten in einem anderen maschinenlesbaren Format veröffentlicht, wird es wohl kaum Anwendungen geben, die alle diese Daten bearbeiten können. Das erinnert dann an die früheren Zustände bei der KFZ-Anmeldung... "Maschinenlesbarkeit" ist ja kein Selbstzweck. (10278)</p> <p>--</p> <p>Es sollte in den verschiedenen Fachcommunities, bestenfalls auch darüber hinaus (soweit das Sinn macht) über ein einheitliches Format incl. Datenmodell sowie über eine (Web-)Schnittstelle zumindest nachgedacht werden. ... Ein kleiner, verpflichtender Basissatz an gemeinsamen Elementen sollte aber vereinbart werden, um eine sinnvolle katalogübergreifende Datenrecherche bzw. Syndizierung/Indexierung zu ermöglichen. Wer könnte solche Diskussionen koordinieren und die unterschiedlichen "Stakeholder" innerhalb der Verwaltung zusammen bringen? (10356)</p>		
Kommentar-ID: 10356, 10291, 10278, 10240, 10238, 10191		

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>amtliche Bekanntmachung</b>	7	3
<p>Für Amtliche Werke (also Daten der öffentlichen Verwaltung) sollte auf CC verzichtet werden, da nach §5 UrhG diese sowieso urheberrechtsfrei sind. Eine Namensnennungspflicht z.B. nach CC stellt für den deutschen Rechtsraum dann eine Verschlechterung dar gegenüber dem jetzigen Urhebergesetz. Bisher kann für urheberrechtsfreie Amtliche Werke auf Lizenzierung verzichtet werden. (10265)</p> <p>--</p> <p>Das ist eine sehr offensive Auslegung von §5 UrhG. Dort geht es in erster Linie um Gesetzestexte und amtliche Veröffentlichungen in Schriftform. Das ist nicht das, was wir hier unter "Opendata" verstehen. Das in §5(2) UrhG in Spiel gebrachte "Änderungsverbot" (§62 UrhG), steht darüber hinaus dem Opendata-Gedanken diametral gegenüber. (10357)</p>		
Kommentar-ID: 10866, 10685, 10655, 10510, 10357, 10265, 10685		

Themenkategorie: <b>Lizenz</b>	Kommentare: 6	Zustimmungen: 3
<p>Kriterien sollten an deutsche Verhältnisse angepasst oder zumindest detaillierter erläutert werden. Lizenzfreiheit ist nicht realistisch. Ich kenne kaum eine Behörde, die nicht zumindest auf Attributierung Wert legt, was m.E. auch nachvollziehbar ist. Die (für den Datenanbieter) befriedigende Regelung von Haftungsfragen spielt bei der Bereitschaft zur Datenveröffentlichung ebenfalls eine große Rolle und wird normalerweise in den Lizenzbedingungen geregelt. (10353) eine Standard-Lizenz für Datenbanken ist die ODbL - z.B. wird OpenStreetMap in Zukunft diese Lizenz nutzen.  <a href="http://opendatacommons.org/licenses/odbl/">http://opendatacommons.org/licenses/odbl/</a> (10728)</p>		
Kommentar-ID: 10836, 10728, 10617, 10353, 10231, 10655		

Themenkategorie: <b>Creative Commons Lizenz</b>	Kommentare: 6	Zustimmungen: 2
<p>Es ist doch richtig, wenn in amtlichen Daten z.B. die Schwefeldioxidbelastung oder die Schwebstaubbelastung nicht geändert werden dürfen. Oder wenn Kaufpreise von Immobilien oder die Mietpreise im Mietspiegel veröffentlicht werden, dass diese nicht geändert werden. Eine Pflicht dagegen, nach CC den Namen einer Person für den Urheber der Messdaten veröffentlichen zu müssen, ist grober Unsinn und schafft personenbezogene Daten nach BDSG, die eine Verbreitung als Open Data verhindern. (10510)</p> <p>--</p> <p>Unzutreffend ist, dass die Anwendung einer CC-Lizenz automatisch personenbezogene Daten schafft die (ggf.) DSGen unterliegen und dann eine Weiterverbreitung behindern.</p> <p>Meine Meinung ist, dass man die hier diskutierten "Öffnungsprozesse" nur erfolgversprechend voran treiben kann, wenn man auch die verwaltungsseitig Betroffenen mitnimmt. Das sind u.a. die Datenerzeuger und -halter, die auf Namensnennung (ihrer Institution, sehr selten Person) z.B. oft Wert legen. (10655)</p>		
Kommentar-ID: 10866, 10836, 10617, 10510, 10265, 10231		

Themenkategorie: <b>Rohdaten</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 1
<p>Rohdaten mögen für manche fachlichen Bereiche angemessen und wünschenswert sein. Ich würde trotzdem nicht den Fokus künstlich darauf einengen. Viele Verwaltungsdaten sind aufbereitet und von großem Interesse. Bsp.: Schutzgebietsgrenzen, viele statistische Daten und und und. Wichtig ist die Dokumentation der vollzogenen Arbeitsschritte in den Metadaten zu den Daten. Der Nutzer kann dann selbst entscheiden, welche Art von Daten seiner Fragestellung angemessen ist. (10355)</p> <p>--</p> <p>Rohdaten sind zwingend notwendig - Die Interpretationshoheit der Verwaltung muss</p>		

gebrochen werden, das gebietet der Grundsatz. Dabei geht es nicht um ein "gegen die Verwaltung" sondern ein "mit und für die Verwaltung". (10753)
Kommentar-ID: 10800, 10753, 10680, 10355

Themenkategorie: <b>Internationaler Standard</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 0
Bin positiv überrascht, dass die Kriterien der Sunlight-Foundation hier aufgenommen werden. (10751)		
--		
Mir ist nur nicht klar, wie es sich mit der Würde eines öffentlichen Amtes verträgt, ausgerechnet eine amerikanische Lobbyorganisation zu zitieren. (10220)		
Kommentar-ID: 10835, 10751, 10220, 10836		

Themenkategorie: <b>Kosten</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 1
Da der erhöhte Bearbeitungs-, Aufbereitung- und Pflegeaufwand von Daten (die EU-Richtlinien fordern in den nächsten Jahren eine Vielfalt an Bereitstellungen ein), nicht vom Himmel fällt, muss man sich über die Finanzierung Gedanken machen, z.B. wirtschaftlich nutzbare Datensätze zu einheitlichen Gebühren, Basisdaten und Informationen frei. Im Vorfeld muss die Ausstattung der datenerstellenden Fachdienste überdacht werden. Wenn dort keine finanziellen Engpässe entstehen ist eine kostenfreie Bereitstellung eher möglich. (10527)		
--		
Dieser Absatz zu Kosten, Gebühren und Entgelten ist nicht selbsterklärend. Eine detaillierte Darstellung der zugrunde liegenden Wertschöpfungs- und Verwertungskette ist zwingend notwendig, damit klar wird, warum es Vorbehalte gib, Daten kostenfrei herauszugeben. Hierzu zählen zum Beispiel Kosten für 1. Datenerhebung 2. Datenaufbereitung 3. Pflege der Daten 4. Veröffentlichung der Daten 5. Betreiben der technischen Infrastruktur für Punkt 1-4 (10622)		
Kommentar-ID: 10527, 10622, 10731		

Themenkategorie: <b>Preismodell bei gewinnorientierter Nutzung</b>	Kommentare: 3	Zustimmungen: 0
Die Grundideen von Open Government und Open Data sind doch Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit. Das bedeutet, dass jeder freien Zugang zu Daten der Verwaltung haben soll. Mal abgesehen davon, dass frei nicht immer kostenfrei heißt, reden wir doch nicht von einer freien Nutzung. Dass diese in manchen, v.a. kommerziellen Fällen Geld kostet, ist m.E.		

in Ordnung. Was nicht o.k. ist, ist, dass BürgerInnen oder Vereine Nutzungsentgelte zahlen müssen, wenn sie in einem kostenlos zu verteilenden Flyer einen Kartenausschnitt nutzen. Das sollte wirklich frei und kostenfrei sein, ebenso wie Kartennutzungen auf einem privaten Smartphone. Die Refinanzierung solcher freien Datenzugänge und -nutzungen darf gerne durch den Verkauf von hochwertigen Daten an Wirtschaftsunternehmen erfolgen. (10752)

Kommentar-ID: 10837, 10752, 10527

Themenkategorie: <b>Bürokratiekosten</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 1
Der Kostendiskussion sollte man in einem OGD-Eckpunktepapier nicht auch noch Vorschub leisten. Die, auch verwaltungsinterne, Erfahrung mit Bezahlssystemen zeigt, dass diese nie einfach und im Betrieb nicht unaufwendig sind. Tatsächlich denke ich, dass in vielen Fällen der durch diese Systeme entstehende Personal- und Betriebskostenaufwand höher ist, als die Einnahmenseite. (10386)		
Kommentar-ID: 10610, 10386		

Themenkategorie: <b>PSI-Richtlinie</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 0
Es kann also ansich nur um die (Zusatz-)Kosten der 'maschinenlesbaren' Verfügbarkeit und Transaktionskosten gehen (inkl. anteiliger Infrastrukturkosten). Im Ausgangspunkt sieht dies auch die EU-Kommission in ihrem Vorschlag zur Änderung der PSI-Richtlinie so (10731)		
Kommentar-ID: 10252, 10731		

Themenkategorie: <b>Metaindex</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 1
Damit Daten maschinenlesbar sind reicht es nicht aus, dass sie in einem Standardformat exportiert vorliegen. Damit OpenGovernment zum Fliegen kommt, müssen vergleichbare Daten auch in entsprechenden, einheitlichen Datenstrukturen vorliegen, so dass sie über Verfahrens- und Verwaltungsgrenzen hinweg verarbeitet werden können. (10191)		
Kommentar-ID: 10191		

Themenkategorie: <b>Inhaltliche Kriterien</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Es sollten Begriffe aufgenommen werden wie Richtigkeit, Relevanz, Vergleichbarkeit. (10650)		
Kommentar-ID: 10650		

## Anlage: Abgrenzung Open Government – E-Government

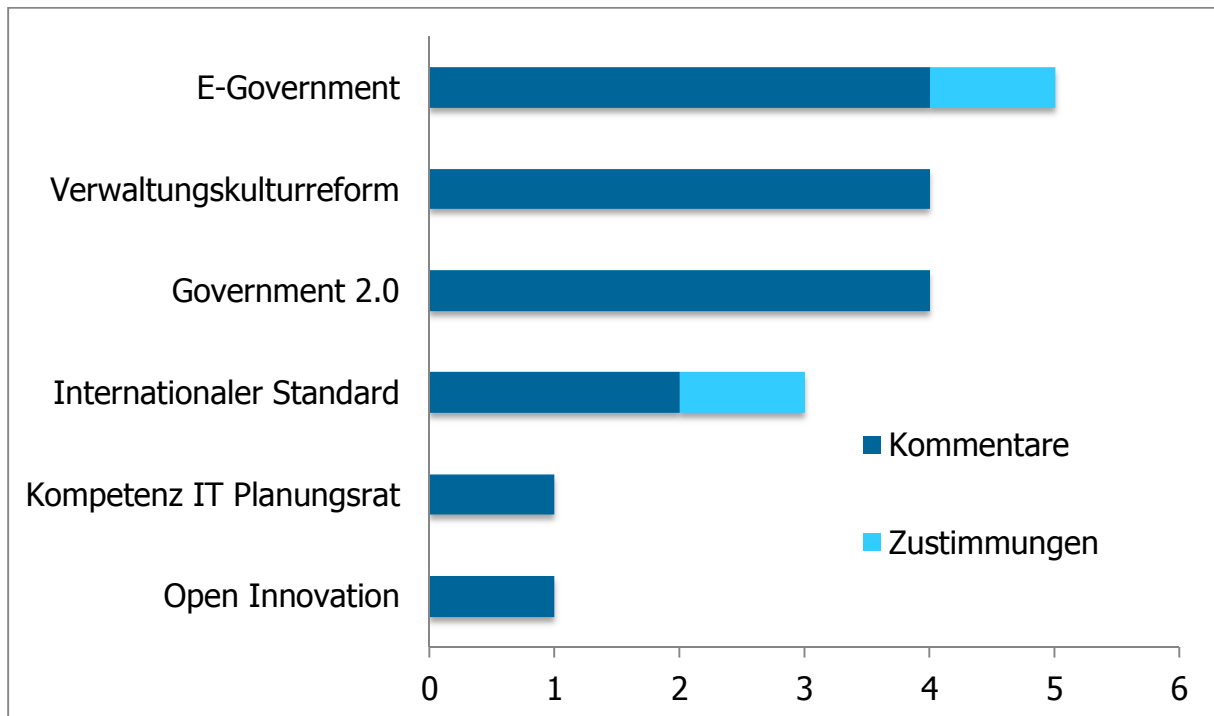


Abbildung 11: Zentrale Themen in den Kommentaren zur Anlage Abgrenzung Open Government - E-Government.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>E-Government</b>	4	1
Wenn jemand in einer Behörde twittert, um Fragen von BürgerInnen zu beantworten, ist das Open Government aber nicht unbedingt eGovernment - auch wenn ITK einbezogen ist. (10839)		
Kommentar-ID: 10817, 10666, 10570, 10839		

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>Verwaltungskulturreform</b>	4	0
Open Government ist eine andere Kultur, gewissermaßen eine neue DNA für die Funktionsweise von Verwaltung. Offener, partizipativer, auf Augenhöhe mit BürgerInnen. Diese neue Grundeinstellung ist erst mal völlig unabhängig von Technologie oder wie man sie umsetzt. Ob jemand die Meinungen von BürgerInnen hören will und ernst nimmt, ist keine Frage der Technik. (10839)		
--		

Man sollte Open Gov auf die digitale Unterstützung beschränken. Der ausufernde Begriff, der hier gewählt wird, schadet nur und führt zu allgemeinen Eingriffen in die gewachsene Verwaltungskultur. Insbesondere wenn der Begriff verunklart und verbreitert wird, leidet die Umsetzbarkeit. (10227)

--

Man sollte eben genau NICHT OpenGov auf die digitalen Aspekte beschränken, sonst kriegen wir dieses wichtige Reformthema nie aus den IT Abteilungen raus, wo es nicht hingehört. (10237)

Kommentar-ID: 10839, 10237, 10227, 10251

Themenkategorie: <b>Government 2.0</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 0
<p>Es geht nicht um eine Versionsnummer von eGovernment, sondern um den Hinweis auf den 'Mitmach-Effekt' analog der Web 2.0-Welt durch den Einsatz von Social Media. Das ist ein erster wichtiger Schritt zur Öffnung und Beteiligung, wenn auch nicht im Sinne formeller Beteiligungsverfahren. (10300)</p> <p>--</p> <p>zutreffende Differenzierung, die mir notwendig erscheint, da es oft Verwirrung dazu gibt. (10838)</p>		
Kommentar-ID: 10838, 10616, 10300, 10270		

Themenkategorie: <b>Internationaler Standard</b>	Kommentare: 2	Zustimmungen: 1
<p>Die "United Nations Division for Public Administration and Development Management(UNDPADM)" hat den "United Nations E-Government Survey 2012" <a href="http://www2.unpan.org/egovkb/global_reports/12report.htm">http://www2.unpan.org/egovkb/global_reports/12report.htm</a> veröffentlicht, der sicherlich Definitionen enthält. (10741)</p>		
Kommentar-ID: 10741, 10712		

Themenkategorie: <b>Kompetenz IT Planungsrat</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
<p>Der IT-Planungsrat hat überhaupt keine Kompetenz für Verwaltungskulturreform! Er kann also gar nicht in diesem Bereich tätig werden. Wer also den Begriff verbreitert, der verwässert die Ergebnisse und macht den Prozess ineffizient. Holistische Ansaätz bedeuten zugleich auch immer das Ausweichen vor dem Konkreten. ... Für mich interessiert das Delta, das was dabei herauskommt, und das sind neue digitale Plattformen für die Bürgerpartizipation, die natürlich auch auf die Verwaltung zurückwirken, wie sollte es anders sein. Wenn man zu breit agiert, kommt dabei nichts rum. ... Entweder es kommt running</p>		

code bei rum oder Opengov-Absichtspapiere ohne praktische Ergebnisse. (10251)
Kommentar-ID: 10251

Themenkategorie: <b>Open Innovation</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
Open Government impliziert Open Innovation, eine Aufhebung von Innen und Außen und eine Aufhebung der klassischen Rollentrennung von Leistungserbringer und Leistungsempfänger. (10941)		
Kommentar-ID: 10941		

## Anlage: Web 2.0-Werkzeuge, Soziale Medien

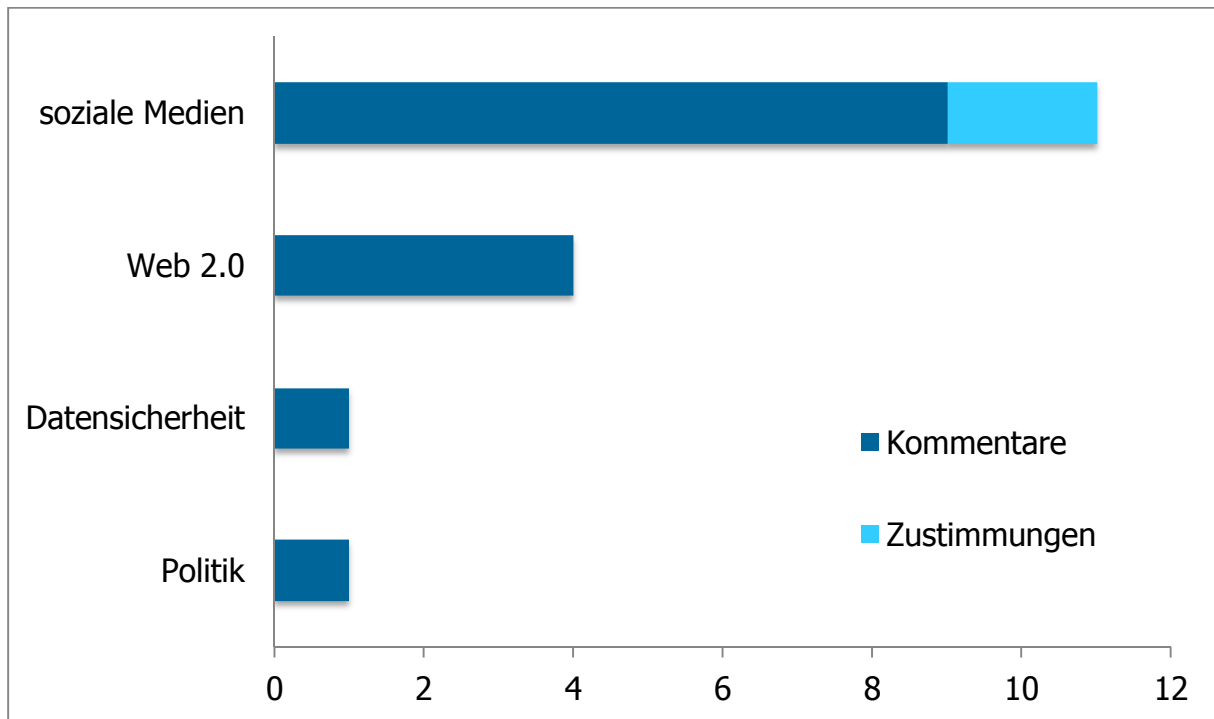


Abbildung 12: Zentrale Themen in den Kommentaren zur Anlage Web 2.0-Werkzeuge, Soziale Medien.

Themenkategorie:	Kommentare:	Zustimmungen:
<b>soziale Medien</b>	9	2
<p>unpassende Beschreibung - bitte bessere Definition finden! - Mindestens enthalten sein sollten dabei: einstellen von updates, erstellen von Profilen, hochladen von Links, Fotos, Videos, etc., "Teilen" von Informationen/Links, Bewerten von Informationen/Links. Manche haben Chat, Videochat etc (wie Facebook), andere haben eine private Messaging Funktion (wie Twitter). Im übrigen geht es gar nicht nur um Kontakte knüpfen und pflegen sondern auch um Verbreitung von Informationen und Meinungen (10842)</p> <p>--</p> <p>Für mich ist Twitter auch ein soziales Netz. Es ermöglicht mir die Vernetzung mit Menschen, die ich kenne oder die ich gern kennen möchte. Auch hier gibts eigene Postfächer (DMs), man kann bilder, musik, videos und sonstwas einbinden. Eine Bewertung der Dienste würde ich nicht in ein solches Dokument setzen, das paßt auch nicht in eine Definition. (10843)</p> <p>--</p> <p>Es fehlen kritische Hinweise auf Gefahren und Risiken der sog. sozialen Netzwerke. (10467)</p>		
Kommentar-ID: 10882, 10843, 10842, 10733, 10528, 10467, 10466, 10463, 10654		

Themenkategorie: <b>Web 2.0</b>	Kommentare: 4	Zustimmungen: 0
<p>Wichtig ist vor allem die Erklärung dass das "Web 2.0" in dem Begriffsursprung nach O'Reilly das n-2-n Mitmachnetz definiert, das auch User Generated Content, Syndizierung (Feeds! Offene Standards! APIs! AJAX, etc) und eine Aufweichung der Interaktionweise im Web bedeutet. Ganz wichtig ist die Frage der Offenen Web Standards und die Technologie, die Mitmachen an Informationsverkehr erlaubt. (10239)</p> <p>--</p> <p>Problematisch bei der Schilderung sogenannter Web-2.0-Werkzeugen ist die Berücksichtigung aktueller (Weiter-) Entwicklungen; es kann immer nur ein Zeitpunkt erfasst werden. So gibt es z.B. Wikis, die eine starke Integration von sozialen Netzwerken aufweisen. Gleichzeitig geht die Verbreitung von klassischen Foren im Internet zurück und wird durch hochintegrierte Dienste abgelöst. Eine Begriffsdefinition im Eckpunktepapier ist deswegen zu überdenken, insbesondere weil solche Informationen tagesaktuell einschlägigen (freien) Webseiten entnommen werden können. (10801)</p>		
Kommentar-ID: 10801,10571, 10475, 10239		

Themenkategorie: <b>Datensicherheit</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
<p>Ich schließe mich den kritischen Meinungsäußerungen zum Bedeutungsgehalt dieser Definitionen in einem Eckpunktepapier an. Für diskussionswürdig halte ich demgegenüber einen deutlichen Hinweis auf die in einigen Kommentaren ebenfalls zum Ausdruck gebrachte Sorge über die Auswirkungen sozialer Netzwerke auf die persönliche Selbstbestimmung des Einzelnen. Nur weil es mittlerweile auch im politischen Bereich (der Unbedarften) offenbar Mode geworden ist, Facebook &amp; Co. zur Selbstdarstellung zu nutzen, entfällt damit noch nicht die staatliche Fürsorgepflicht gegenüber der Allgemeinheit, auf potenzielle Gefahren der Profilbildung im Internet hinzuweisen. (10733)</p>		
Kommentar-ID: 10733		

Themenkategorie: <b>Politik</b>	Kommentare: 1	Zustimmungen: 0
<p>Politiker verkünden lieber, anstatt mit den Bürgern offen zu diskutieren. Wie viele politische Veranstaltungen mag es geben, wo der Politiker kommt, eine Rede zum Thema hält, wo offensichtlich ist, dass es da wenig Ahnung von hat und dann schnell wieder verschwindet, ohne die Chance zu nutzen, sich dort bei den Experten zu informieren.</p> <p>Das läuft gegenüber dem Bürger ja ähnlich und daher bedeutet Open Government vielleicht auch Politik + Web2.0 bzw. politischer Prozess 2.0, wo dann die Konversation von Beginn an im Mittelpunkt steht (10787)</p>		
Kommentar-ID: 10787		